

Abstimmungserläuterungen über den EWR

Aufgrund des Antrages der BK vom 17. September 1992
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

Der Entwurf zu den Abstimmungserläuterungen über den EWR
wird mit Aenderungen gutgeheissen.

Für getreuen Protokollauszug

Mueller-Bühler

Protokollauszug an:				
<input type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	-
	X	EDI	5	-
	X	EJPD	5	-
	X	EMD	5	-
	X	EFD	7	-
	X	EVD	5	-
	X	EVED	5	-
X		BK	3	-
		EFK		
		Fin.Del.		





SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

3003 Bern, den 17. September 1992

An den Bundesrat

Abstimmungserläuterungen über den EWR

In der Beilage erhalten Sie den überarbeiteten Entwurf zu den Abstimmungserläuterungen. Den Beschlüssen des Bundesrates vom 16. September 1992 wurde Rechnung getragen. Ausserdem berücksichtigte die Arbeitsgruppe, der Vertreterinnen und Vertreter der Bundeskanzlei, des Integrationsbüros und des Justiz- und Polizeidepartements angehören, eine Reihe von Aenderungswünschen aus den Departementen. Die geänderten Stellen sind seitlich markiert. Wir

beantragen

Ihnen, den Entwurf zu den Abstimmungserläuterungen über den EWR gutzuheissen.

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
Der Bundeskanzler

i.v. 

François Couchepin

ENTWURF VOM 17.9.92

Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992

Erläuterungen des Bundesrates

Worum geht es?

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)

Mit dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) eröffnet sich für die Schweiz die Möglichkeit, ab 1. Januar 1993 am europäischen Binnenmarkt teilzunehmen. Der für unser Land so wichtige freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital wird damit zwischen der Schweiz und den andern 18 EWR-Ländern in ähnlicher Weise gewährleistet sein wie zwischen den EG-Mitgliedstaaten. Bundesrat und Parlament wollen mit der Beteiligung am EWR unsere wirtschaftliche Zukunft und unseren Wohlstand sichern sowie die Gefahr einer Isolation der Schweiz in Europa abwenden.

- S. 3: Das Wichtigste in Kürze
- S. 4: Bundesbeschluss über den EWR
- S. 5-7: Was ist der EWR?
- S. 8-11: Stellungnahme des Bundesrates
- S. 12-15: Argumente für und gegen den EWR
- S. 16-19: Gesetzliche Änderungen
(Eurolex)
- S. 20-63: EWR-Abkommen im Wortlaut

(Provisorische Zeichnung)



LICHT ENDE

Das Wichtigste in Kürze

Europa ist eine Realität

Ab 1993 entsteht eine neue europäische Realität: Die sieben Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und die zwölf Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften (EG) wollen den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) verwirklichen. Die Länder der EFTA erhalten somit Zugang zum Binnenmarkt der EG.

Wir sind Europäer

Unser Denken und Handeln, unsere Wertvorstellungen und unsere Mentalität sind zutiefst geprägt von der engen geographischen und geschichtlichen Verankerung unsere Landes in der europäischen Welt. Mit ihr teilen wir unsere Sprachen, unsere Kulturen und unsere demokratischen Werte. Seit je war diese gegenseitige Verflechtung Resultat enger und erfolgreicher Beziehungen. Das Abkommen über den EWR sichert und fördert die wirtschaftlichen Grundlagen dieser Beziehungen und eröffnet auch kommenden Generationen neue Chancen in Europa.

Ein gemeinsamer Markt

Im EWR erhalten 380 Millionen Personen Zugang zu einem gemeinsamen Markt. Sie können zu gleichen Bedingungen überall in diesem Raum mit Waren handeln, sich niederlassen Dienstleistungen erbringen und Investitionen tätigen. Die Zusammenarbeit der Staaten des EWR wird in vielen Bereichen vertieft: Forschung, Entwicklung, Information, Ausbildung, Unternehmensförderung und Tourismus. Die Konsumenten werden besser geschützt, die soziale Sicherheit erhöht, die Gleichstellung von Mann und Frau gefördert, der Umweltschutz gemeinsam vorangetrieben.

Befürchtungen und Einwände

Gegen die Oeffnung der Schweiz zum EWR wehren sich mehrere Gruppierungen unterschiedlicher politischer Herkunft. Sie befürchten einen Souveränitätsverlust unseres Landes, wirtschaftliche Probleme, institutionelle Mängel des EWR-Abkommens, hohe Kosten und die Vorwegnahme eines späteren EG-Beitritts.

Ueberlegungen von Bundesrat und Parlament

Die Schweiz darf sich in Europa nicht isolieren. Sie kann ihre wirtschaftlichen Interessen und ihren Wohlstand nur wirksam schützen, wenn sie aktiv mitmacht und nicht im Abseits steht. Der EWR ist der Weg dazu. Bilaterale Abkommen, wie wir sie bisher erreicht haben, wären in Zukunft viel schwieriger auszuhandeln, weil wir dem EWR allein gegenüberstünden.

Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum

vom 2. Oktober 1992

I

Art. 1

Das Abkommen vom 2. Mai 1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen), die Abkommen zwischen den EFTA-Staaten vom 2. Mai 1992 über die Errichtung einer EFTA-Ueberwachungsbehörde und eines Gerichtshofes sowie eines Ständigen Ausschusses der EFTA-Staaten und das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten vom 20. Mai 1992 über einen parlamentarischen Ausschuss der EFTA-Staaten werden genehmigt.

Art. 2

Der Bundesrat wird ermächtigt, diese Abkommen zu ratifizieren.

II

Die Uebergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 20 (neu)

1 Die von der Bundesversammlung beschlossenen und auf das Inkrafttreten des EWR-Abkommen notwendigen Aenderungen des Bundesrechts treten zusammen mit dem Abkommen in Kraft.

2 Wird gegen einen Erlass das Referendum ergriffen und wird dieser in der Volksabstimmung abgelehnt, so tritt er unverzüglich ausser Kraft.

3 Für die übrigen Aenderungen des Bundesrechts im Zusammenhang mit dem EWR-Abkommen gilt das ordentliche Gesetzgebungsverfahren gemäss Artikel 89ff.

4. Der Vorrang des Völkerrechts bleibt für alle rechtsetzenden und rechtsanwendenden Organe vorbehalten.

Art. 21 (neu)

Der Bund wahrt bei der Durchführung und Weiterentwicklung des EWR-Abkommens sowie bei Fragen der europäischen Integration die Interessen der Kantone. Er informiert die Kantone rechtzeitig und umfassend, hört sie an und zieht sie bei der Vorbereitung von Entscheiden bei, soweit sie betroffen sind.

III

Dieser Beschluss untersteht der Abstimmung des Volkes und der Stände.

Was ist der EWR?

Ein europäischer Markt

Am 2. Mai 1992 haben 19 Länder - darunter die Schweiz - beschlossen, einen gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu schaffen. Im EWR stehen sich ab 1. Januar 1993 die sieben Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und die zwölf Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft (EG) wirtschaftlich als gleichberechtigte Partner gegenüber. Beteiligt am EWR-Abkommen sind:

- Auf der Seite der EFTA: Finnland, Fürstentum Liechtenstein, Island, Norwegen, Oesterreich, Schweden und die Schweiz;
- Auf der Seite der EG: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Holland, Irland, Italien, Luxemburg, Portugal und Spanien sowie die EG selbst.

Kern des Abkommens

Wichtigster Grundsatz im EWR ist das Verbot der Diskriminierung anderer Staatsangehöriger. Unterschiedliche nationale Vorschriften sind weiterhin möglich, aber sie müssen gegenüber allen EWR-Bürgerinnen und Bürgern gleichermassen gelten. Voraussetzung für die Verwirklichung der "Nicht-Diskriminierung" sind die vier Freiheiten:

1. Freier Warenverkehr

Bereits 1972 wurden mit dem Freihandelsabkommen Zollschränken abgebaut. Es gibt aber noch Handelshemmnisse. Im EWR geht es deshalb auch um den Abbau von technischen Vorschriften und Normen. Dank harmonisierten technischen Vorschriften werden kostspielige Doppelprüfungen wegfallen und Kosten gesenkt. Ebenfalls kostensenkend wirken sich Vereinfachungen beim Grenzübertritt und neue Ursprungsregeln aus. Zudem wird der Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen verbessert.

Die Landwirtschaft ist im EWR-Abkommen ausgeklammert. Die Schweiz kann weiterhin ihre eigene Landwirtschaftspolitik betreiben. Bei Käse, Topfpflanzen und Schnittblumen sowie bei 23 südländischen Produkten (Früchte, Nüsse, Säfte etc.) gibt es Zollvereinfachungen. Dagegen werden die verarbeiteten Landwirtschaftsprodukte aus der Schweiz im EWR einen grösseren Absatzmarkt finden.

2. Freier Personenverkehr

Die Freizügigkeit im Personenverkehr ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern der EWR-Länder den ungehinderten Zugang zum gesamten EWR. Sie haben das Recht, überall im EWR zu wohnen, zu arbeiten und sich weiterzubilden, was besonders für die Jugend wichtig ist. Die Freizügigkeit spielt eine massgebliche Rolle für das vom EWR erwartete Wirtschaftswachstum. Die Freiheit hat allerdings Grenzen: In der Schweiz arbeiten kann nur, wer einen Arbeitsvertrag hat. Mit einer starken Zuwanderung ist nicht zu rechnen. Auch kommen die Bestimmungen erst nach fünf Jahren voll zum Tragen, und die Schweiz könnte bei Bedarf eine Schutzklausel anwenden.

3. Freier Dienstleistungsverkehr

Die Freiheit im Dienstleistungsbereich ist neu. Bisher war dieser immer wichtiger werdende Bereich von internationalen Verträgen kaum abgedeckt. Im EWR wird es Dienstleistungsunternehmen wie EDV-Firmen, Versicherungen, Banken, Fluggesellschaften und Transportgeschäften möglich sein, von einem EWR-Land aus in allen 19 Ländern tätig zu sein. Dies ist besonders wichtig für die Schweiz, da ihre Wirtschaft zu einem grossen Teil von Dienstleistungen lebt.

4. Freier Kapitalverkehr

Im Bereich des Kapitalverkehrs kennt die Schweiz bereits eine liberale Praxis. Eine Ausnahme bildet die Einschränkung beim Kauf von schweizerischen Immobilien durch Personen aus dem Ausland (Lex Friedrich). Diese Bestimmung muss angepasst werden. Die Schweiz hat jedoch eine Uebergangsfrist von fünf Jahren ausgehandelt. Bodenrechtliche und zonenplanerische Massnahmen bieten in Zukunft genügend Möglichkeiten, den Immobilienmarkt zu regulieren. Ausserdem kann die Schweiz auch hier die Schutzklausel anwenden.

Sozialpolitik, Konsumenten- und Umweltschutz

Das EWR-Abkommen bringt nicht nur diese vier Freiheiten, sondern es regelt und fördert auch die Zusammenarbeit in der Forschung und im Bildungswesen. In den Bereichen Konsumenten- und Umweltschutz sowie in der Sozialpolitik werden neue Regelungen erlassen, damit unsere Entwicklung derjenigen im übrigen Europa angepasst werden kann. Bei der Sozialpolitik gibt es etliche Verbesserungen. Im Umweltschutz kann die Schweiz ihr Schutzniveau beibehalten und allein oder gemeinsam mit den EWR-Partnern weiter ausbauen.

EWR-Institutionen: Veto und Schutzklausel als Sicherheitsinstrumente

Wie funktioniert der EWR?

Die wichtigste Instanz für alles, was das EWR-Abkommen umfasst, ist der EWR-Rat. Ihm gehört je ein Regierungsmitglied der EWR-Vertragsparteien an. Er definiert die politischen Leitlinien und trifft die politischen Entscheide. Für die Umsetzung und das gute Funktionieren des Abkommens ist der Gemeinsame EWR-Ausschuss verantwortlich, dem hohe Beamte angehören. Er ist Konsultations-, Informations- und Verwaltungsorgan. Die Vertragsparteien sind in diesen beiden Gremien mit je einem Sitz vertreten.

Weiterentwicklung des EWR-Rechts

Das EWR-Abkommen regelt viele Bereiche, muss aber auch offen bleiben, damit Anpassungen an neue Gegebenheiten möglich sind. Jede Weiterentwicklung des EWR-Rechts setzt die Zustimmung aller EFTA-Staaten voraus. Somit sind wir nicht verpflichtet, neues EG-Recht automatisch zu übernehmen. Lehnt ein EFTA-Staat, zum Beispiel die Schweiz, eine neue Regelung ab, ist im EWR-Ausschuss eine Verhandlungslösung zu suchen.

Führen die EWR-Verpflichtungen in einem EFTA-Land zu Problemen, so gibt es im EWR-Abkommen als Sicherheitsinstrument eine sogenannte Schutzklausel. Danach kann jeder EFTA-Staat bei grossen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder ökologischen Schwierigkeiten von den gemeinsamen EWR-Bestimmungen abweichen, bis sich die Situation wieder normalisiert hat. Die Gegenparteien können in diesem Fall allerdings angemessene Ausgleichsmassnahmen treffen. In einer Erklärung hat die Schweiz deutlich gemacht, dass eine unerwartet hohe Zuwanderung von Ausländern und eine übergrosse Nachfrage aus dem Ausland nach Immobilien mögliche Gründe für eine Anrufung der Schutzklausel sein könnten.

Wer entscheidet in Streitfällen?

Konflikte zwischen Vertragsparteien werden auf dem Verhandlungsweg oder durch ein Schiedsgericht beigelegt. Die nationalen Gerichte und ein Gericht der EFTA-Staaten schützen die privaten Interessen. Wie bisher entscheidet der europäische Gerichtshof über bestimmte Wettbewerbsfälle.

Das EWR-Abkommen kann durch jedes Mitglied innert Jahresfrist gekündigt werden.

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat ist überzeugt, dass der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) für die Schweiz von vitalem Interesse ist. Die Teilnahme am EWR verhindert eine Isolation der Schweiz in Europa, erschliesst unserer Wirtschaft neue Märkte, sichert unseren Wohlstand und eröffnet kommenden Generationen neue Perspektiven. Insbesondere sind für den Bundesrat folgende Gründe massgebend:

Ein Abkommen von grosser Tragweite

Das EWR-Abkommen gestaltet mit dem gemeinsamen Wirtschaftsraum für 19 Länder einen wesentlichen Teil der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Europas. Vom Entscheid des Volkes und der Stände wird es abhängen, welchen Platz die Schweiz dabei einnehmen wird.

Das Zusammenleben im EWR wird die Bürgerinnen und Bürger der EWR-Staaten einander näher bringen. Ideen, Werte und Mentalitäten werden sich gegenüberstehen und gegenseitiges Verstehen fördern. Damit festigt der EWR die gemeinsame Grundlage für Frieden und Wohlstand.

Vorteile für unsere Wirtschaft

Die schweizerische Wirtschaft ist seit jeher stark auslandorientiert. Europa ist für sie lebenswichtig. Denken wir nur daran, dass in die EWR-Länder zwei Drittel unserer Exporte gehen und aus ihnen 75 Prozent unserer Importe stammen. Der EWR bietet die Sicherheit, dass der Zugang unserer Wirtschaft zu den europäischen Märkten offen bleibt und die Wirtschaft sich weiterentwickeln kann. Experten rechnen in den nächsten zehn Jahren mit einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum von vier bis sechs Prozent, falls die Schweiz am EWR teilnimmt. Dies trägt auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei.

Der EWR bringt auch im Bereich des öffentlichen Auftragswesens einen einheitlichen, offenen Markt. Das bedeutet mehr Konkurrenz und schafft für Schweizer Firmen in ganz Europa grosse Chancen: Die Schweiz öffnet damit ein Marktvolumen von zirka 30 Milliarden Franken und erhält Zugang zu den öffentlichen Märkten des EWR im Umfang von zirka 800 Milliarden Franken.

EWR heisst nicht EG-Beitritt

EWR und EG sind nicht das gleiche. Die Abstimmung vom 6. Dezember entscheidet nur über den EWR-Vertrag; ein Ja zum EWR führt nicht automatisch in die EG. Der Bundesrat hat ein Gesuch um Verhandlungen über den Beitritt der Schweiz zur EG gestellt. Zunächst müssen mit der EG die Bedingungen eines allfälligen EG-Beitritts ausgehandelt werden, was einige Jahre dauern dürfte. Erst danach werden Bundesrat, Parlament und schliesslich das Schweizervolk dazu Stellung nehmen. Die Fragen EWR und EG sind also getrennt zu behandeln.

Bewegungsfreiheit in ganz Europa

Der EWR bietet Schweizerinnen und Schweizern Gewähr, dass sie im europäischen Ausland arbeiten, leben und sich weiterbilden können, was vor allem für die Zukunft unserer Jugend von Bedeutung ist. Auch die Schweiz öffnet sich grundsätzlich den Angehörigen aus den EWR-Staaten. Nur wer einen Arbeitsvertrag oder ein genügendes Auskommen hat, erhält eine Niederlassungsbewilligung. Diese Bestimmungen treten erst nach einer fünfjährigen Uebergangsfrist in Kraft. Eine grössere Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem EWR-Raum ist nach Meinung von Experten nicht zu befürchten. Erfahrungen innerhalb der EG haben dies ebenfalls gezeigt. Sollte diese Entwicklung wider Erwarten anders verlaufen, kann die Schweiz notfalls aufgrund einer Schutzklausel vom EWR-Recht abweichen und Abwehrmassnahmen ergreifen.

Der EWR ist sozial und frauenfreundlich

In der Sozialpolitik bringt das Abkommen über den EWR etliche Verbesserungen. Dazu gehören zum Beispiel Bestimmungen über die Sicherheit am Arbeitsplatz (Bildschirmarbeit) und das Recht der Arbeitnehmer, bei Zusammenschlüssen von Unternehmen oder bei Massenentlassungen rechtzeitig informiert zu werden. Auch für die Gleichstellung von Mann und Frau werden Neuerungen gesetzlich verankert, so die Gleichstellung der Geschlechter in allen Aspekten des Arbeitslebens, ein Kündigungsschutz für die auf Lohngleichheit klagende Frau und die Beibehaltung der unabhängigen Altersvorsorge auch für verheiratete Frauen. Zudem werden die Krankenkassen- und Unfallversicherungsprämien in Zukunft für beide Geschlechter gleich hoch sein.

Im Interesse der Konsumenten

Die Freiheit der Märkte in Europa erhöht den Wettbewerb. Dadurch ist eine Senkung der Konsumentenpreise zu erwarten. Interessant für die Konsumenten ist auch das in Zukunft breitere Angebot bei Waren und Dienstleistungen. Mit dem EWR-Abkommen wird zudem der Konsumentenschutz verbessert: Durch die neu eingeführte Produkthaftpflicht wird der Konsument vor Schäden geschützt, die bei der Benützung eines Produktes entstehen.

Volksrechte bleiben erhalten

Unsere Volksrechte, insbesondere die direkte Demokratie, werden durch den EWR nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Weiterhin kann gegen Bundesgesetze das Referendum ergriffen und eine Abstimmung verlangt werden. Auch Volksinitiativen bleiben möglich. Allerdings verpflichten wir uns, gewisse gesetzliche Normen des EWR anzuwenden. Sollten künftige Volksentscheide den EWR-Bestimmungen widersprechen, hätte dies Konsequenzen: Falls mit den EWR-Partnern keine Verhandlungslösung gefunden werden könnte, hätten wir im schlimmsten Fall wirtschaftliche Gegenmassnahmen zu gewärtigen.

Auch künftige Gesetzesänderungen aufgrund von EWR-Erlassen müssen in der Schweiz genehmigt werden. Unsere demokratischen und föderalistischen Mitwirkungsrechte bleiben also wirksam. Mit dem EWR-Abkommen muss die Schweiz auch in der Rechtsetzung keine Zuständigkeiten an die EWR-Instanzen abtreten; sie kann gegen unliebsame EWR-Erlasse ein Veto einlegen, wobei auch hier wirtschaftliche Gegenmassnahmen möglich wären.

Harmonisierung durch Eurolex

Der grosse Teil unserer Gesetze braucht nicht angepasst zu werden. Dies erstaunt wenig, befinden wir uns doch politisch und gesellschaftlich mit unseren Nachbarstaaten im Einklang. 61 Gesetze müssen aber geändert und neun Erlasse neu geschaffen werden. Diese Bestimmungen bezeichnet man als "Eurolex". Das Parlament hat sie gutgeheissen, so dass sie am 1.1.1993 zusammen mit dem EWR in Kraft treten können. Falls gegen das eine oder andere Gesetz das Referendum ergriffen wird, muss es nachträglich zur Abstimmung gebracht werden.

Föderalismus lebt weiter

Die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wird vom EWR-Abkommen nicht berührt. Der EWR betrifft im wesentlichen Bundesrecht. So wie es unserem föderalistischen Demokratieverständnis entspricht, werden die Kantone und die Gemeinden selbst für die Anpassungen ihrer Rechtsordnungen sorgen. Die Kantone haben insbesondere die Bereiche des öffentlichen Auftragswesens und der Anerkennung von Berufsdiplomen neu zu regeln. Sie erhalten im Zusammenhang mit Fragen der europäischen Entwicklung Informations-, Anhörungs- und Mitwirkungsrechte.

Wichtige politische Bereiche ausgeklammert

Der EWR ist ein umfassendes wirtschaftliches Abkommen. Ausgeklammert sind aber verschiedene für unser Land wichtige Fragen, so zum Beispiel die Landwirtschaftspolitik, die Steuern und die Währungspolitik. In all diesen Gebieten bleibt die Schweiz autonom. Da es sich beim EWR um ein Wirtschaftsabkommen handelt, ist die allgemeine Politik, das heisst auch unsere Neutralität, nicht betroffen.

Finanziell langfristig vorteilhaft

Das EWR-Abkommen wirkt sich während der ersten fünf Jahre auf das Bundesbudget mit jährlichen Kosten von zirka 330 bis 350 Millionen Franken aus; das entspricht weniger als einem Prozent des Bundesbudgets. Darin enthalten sind als grösste Beträge 100 Mio. Franken für die Teilnahme der Schweiz an europäischen Forschungs- und Entwicklungsprogrammen sowie 62 Mio. Franken für einen Ausgleichsfonds zugunsten ärmerer EWR-Länder. Diese Kosten dürften kompensiert werden, denn im Bereich der öffentlichen Aufträge ist mit Einsparun

gen zu rechnen, und aus der Warenumsatzsteuer und der direkten Bundessteuer werden infolge des höheren Wirtschaftswachstums im EWR Mehreinnahmen erwartet. Die Kosten werden ab 1998 sinken. Die positiven Auswirkungen des EWR werden danach nicht nur die Kosten der EWR-Beteiligung wettmachen, sondern auch Zusatzeinnahmen bewirken.

Keine realistische Alternative zum EWR

Zum EWR gibt es keine realistische Alternative. Der Alleingang wäre der Weg der Isolation mit all seinen Nachteilen. Punktuelle Zusammenarbeit und bilaterale Verträge mit der EG waren bisher möglich. Mit der Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes genügen diese Mittel der Zusammenarbeit nicht mehr; wir würden bei bilateralen Verhandlungen mit schlechteren Karten dastehen. Es wäre deshalb eine Illusion zu glauben, dass sich mit einem Nein zum EWR nichts ändert. Ein Abseitsstehen der Schweiz wäre auch mit politischen Folgen verbunden. Der Schweiz würde Mangel an Solidarität vorgeworfen; wir hätten immer weniger Einfluss auf die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Europa, denen wir passiv ausgesetzt wären.

Aus all diesen Gründen empfehlen der Bundesrat und die grosse Mehrheit des Parlaments, Ja zum EWR zu stimmen.

Argumente für und gegen den EWR-Abkommen

Das Parlament hat dem EWR-Abkommen am 2. Oktober 1992 mit deutlicher Mehrheit zugestimmt (Nationalrat x:y, Ständerat x:y Stimmen).

Hier die wichtigsten Argumente bei den parlamentarischen Beratungen für oder gegen das EWR-Abkommen.

Minderheit des Parlamentes **dagegen:**

Bundesrat und Mehrheit des Parlamentes **dafür:**

Wirtschaftlich isolierte Schweiz?

Die Schweizer Wirtschaft ist gesund und stark genug, um sich auch ausserhalb des EWR zu behaupten. Wir müssen nur an unsere eigenen Stärken glauben. Wenn wir den EWR ablehnen, besteht weiterhin die Möglichkeit, eine gute und eigenständige Wirtschaftspolitik zu betreiben. Tun wir das, wird es den Schweizerinnen und Schweizern wirtschaftlich besser gehen. Dies war auch bisher so. Innerhalb des EWR verschlechtern sich aber die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft. Zudem ist ein Alleingang nicht gleichzusetzen mit einem Abseitsstehen. Der Alleingang beinhaltet durchaus eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Staaten.

Seit Jahrzehnten ist die Schweizer Wirtschaft eng mit den EG-Ländern verbunden. Sie hat vom Handel mit den EG-Ländern in erheblichem Masse profitiert. Ab Januar 1993 verändert sich der europäische Markt wesentlich. EG- und EFTA-Länder realisieren mit dem EWR den Binnenmarkt. Wenn die Schweiz nicht mitmacht, hat sie nicht mehr die gleichen Chancen auf dem europäischen Markt wie heute. Ein Abseitsstehen vom Binnenmarkt bringt schwerwiegende Benachteiligungen und Arbeitsplatzverluste für unsere exportorientierte Wirtschaft. So würde z.B. der Verkauf von Schweizer Waren in Europa durch unterschiedliche Zulassungsbestimmungen behindert.

Politisch isolierte Schweiz?

Der EWR ist für die Schweiz lediglich ein Uebergangsvertrag. Er ist ein erster Schritt Richtung EG-Beitritt. Auch wenn über den EWR und den EG-Beitritt in zwei verschiedenen Abstimmungen entschieden wird, ist ein enger Zusammenhang gegeben, wie bereits der Bundesrat feststellte. Die Schweiz verliert ihre Unabhängigkeit weniger im EWR, aber später bei einem EG-Beitritt. Sie gibt einen Teil ihrer heutigen Freiheiten auf, wenn sie der EG beiträgt. Das Demokratiedefizit in der EG ist gross. Es wird nicht kleiner, auch wenn wir dort mitmachen. Stark bleibt die Schweiz nur, wenn sie selbstständig und unabhängig bleibt.

Das Europa von 1993 ist nicht das Europa von früher. Die gegenseitigen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten werden sich weiterentwickeln. Viele Probleme lassen sich oft nicht mehr rein schweizerisch lösen. Die Schweiz kann es sich nicht leisten, freiwillig zum Aussenseiter in Europa zu werden, denn alle anderen Länder West-Europas machen im EWR mit.

Mit einem Ja zum EWR sagt man noch lange nicht Ja zu einem EG-Beitritt. Am 6. Dezember geht es nur um den EWR. Erst später - nach Abschluss der Verhandlungen - wird über einen eventuellen EG-Beitritt abgestimmt.

Direkte Demokratie, Föderalismus

Dagegen:

Unsere Volksrechte werden mit dem EWR-Abkommen stark eingeschränkt. Das EWR-Recht geht schweizerischem Landesrecht vor und kann von der Schweiz nicht einseitig geändert werden. Dies schränkt das Referendums- und das Initiativrecht stark ein. Eidgenössische Initiativen, die dem EWR-Recht widersprechen, müssen für ungültig erklärt werden. Der föderalistische Staatsaufbau, das heisst die Autonomie der Kantone und der Gemeinden, wird in den Gebieten, die in Brüssel geregelt werden - und diese werden immer zahlreicher und wichtiger -, ausser Kraft gesetzt.

Dafür:

Der EWR wird in der Praxis kaum grössere Auswirkungen auf unsere direkte Demokratie haben und unsere föderalistische Ordnung nicht verändern. Wie Untersuchungen zeigen, hätte nur ein kleiner Teil der bisherigen Initiativen und Referenden zu Problemen geführt, weil sie mit den EWR-Bestimmungen nicht zu vereinbaren gewesen wären. Es handelt sich im übrigen um Vorstösse, die in der Vergangenheit stets abgelehnt wurden. Die direkt-demokratischen Rechte werden auch bei Kantonen und Gemeinden nicht tangiert.

Souveränität

Die gemäss EWR-Abkommen vorgeschriebene Uebernahme von 1'400 EG-Vorschriften wird die Revision von 61 Bundesgesetzen sowie unzähligen kantonalen Gesetzen und Verordnungen von Bund, Kantonen und Gemeinden erfordern. Wir werden fremdem Recht unterstellt. Parlament, Bundesrat, die kantonalen Instanzen, die Gemeindebehörden und das Bundesgericht haben sich ab sofort Weisungen aus Brüssel zu unterziehen. Dies wird auch für die Zukunft gelten, denn die Brüsseler Gesetzesmaschine ist sehr produktiv. Das fremde Recht wird zudem von fremden Richtern ausgeübt. Dies widerspricht der schweizerischen Tradition und der Geschichte der Eidgenossenschaft. Nicht mehr Schweizer Gerichte, sondern ausländische Richter haben das letzte Wort. Dies wird zu einer Satellisierung, d.h. Fremdbestimmung, und damit zum Verlust unserer Unabhängigkeit führen.

Das EWR-Abkommen ist nicht fremdes Recht. Es wurde mit uns sorgfältig ausgehandelt. Wie auch das Parlament feststellte, sind die EWR-Bestimmungen unserem Recht sehr ähnlich. Bei der Weiterentwicklung des EWR kann die Schweiz bei neuen Rechtsvorschriften stets ihre Meinung äussern und muss ihre Zustimmung geben. Gerade ein Fernbleiben der Schweiz vom EWR bedeutet Satellisierung: denn wir müssten die Binnenmarktregeln übernehmen, ohne darauf irgend einen Einfluss zu haben. Weder die Schweiz noch Schweizerinnen und Schweizer werden im EWR vor fremden Richtern stehen. Es sind schweizerische Gerichte, die darüber wachen, dass das EWR-Abkommen bei uns respektiert wird. Falls die Schweiz ihren EWR-Verpflichtungen nicht nachkommt, könnte gegen sie vor dem EFTA-Gericht Klage erhoben werden. Dort sitzt immer auch ein Schweizer Richter.

Freizügigkeit im Personenverkehr

Die Freizügigkeit im Personenverkehr gibt jedem EWR-Bürger und jeder EWR-Bürgerin das Recht, sich im EWR-Raum niederzulassen und Arbeit anzunehmen. Damit fallen die bisherigen Schranken gegenüber ausländischen Arbeitskräften. Die Schweiz wird als Einwanderungsland noch attraktiver. Sie bietet Arbeit und hohe Löhne, was ausländische Arbeitskräfte anziehen wird. Die ausländische Wohnbevölkerung wird ansteigen.

Die EWR-Freizügigkeiten ermöglichen auch den freien Erwerb von Wohneigentum, Liegenschaften und Firmen durch Ausländer in der Schweiz. Die ausländische Nachfrage nach Schweizer Grundstücken und Boden ist gross. Wir können es uns nicht erlauben, die bisherigen Schranken aufzugeben.

Die Befürchtungen, dass der EWR eine Masseneinwanderung mit einem Ausverkauf der Heimat bringt, sind unbegründet. Die Freizügigkeit gilt nicht für Arbeitslose. Sie gilt nur für EWR-Bürger, die einen Arbeitsvertrag haben. Innerhalb der EG besteht die Freizügigkeit schon lange. Masseneinwanderungen, z.B. aus den südlichen EG-Ländern, hat es aber nirgends gegeben. Ausserdem bleiben die Grenzkontrollen bestehen. Die Schweiz kann zudem notfalls die Schutzklausel anrufen. Die Freizügigkeit im Personenverkehr ist eine Chance für Schweizerinnen und Schweizer, sich im Ausland niederzulassen. Lehrlinge und Studenten erhalten dadurch Ausbildungsmöglichkeiten im Ausland.

Löhne, Arbeitslosigkeit

Dagegen:

Ein EWR-Beitritt hat tiefere Löhne und höhere Arbeitslosigkeit zur Folge. Praktisch alle Länder der EG haben Millionen Arbeitslose. Wenn die Grenzen wegfallen, wird ein Teil dieser Arbeitslosen in der Schweiz Arbeit suchen und die Schweizer Arbeitnehmer konkurrenzieren. Die Folge ist höhere Arbeitslosigkeit auch bei uns. Zudem werden auch die Löhne sinken, denn wenn mehr Leute mit tieferen Löhnen in der Schweiz arbeiten, sinkt das Lohnniveau auch für die Schweizerinnen und Schweizer.

Dafür:

Wie bereits erwähnt, sind keine grösseren Zuwanderungen von Fremdarbeitern in unser Land zu befürchten. Wir haben schon lange Arbeitnehmer, die aus Ländern mit tieferen Löhnen bei uns arbeiten, dennoch sind die Löhne bei uns hoch. Auch innerhalb der EG bestehen trotz Freizügigkeit unterschiedliche Lohnniveaus. Mit dem EWR erhalten unsere Unternehmen bessere Chancen, vom Europa-Markt zu profitieren, was das Lohnniveau langfristig erhöht und die Arbeitsplätze in der Schweiz sichert.

Mieten, Hypothekarzinsen

Je mehr sich die Schweiz der EG annähert, desto mehr wird sich das schweizerische Zinsniveau dem europäischen Hochzinsniveau angleichen. Die Folgen höherer Hypothekarzinsen sind teurere Mieten. Dazu kommt die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften. Wenn mehr Leute aus dem Ausland aus Arbeitsgründen in die Schweiz kommen, braucht es mehr Wohnungen. Dies führt zu einer Verknappung auf dem Wohnungsmarkt und zu höheren Mietzinsen.

Der EWR berührt den Bereich der Zinsen nicht. Die Nationalbank behält ihre Autonomie in der Währungspolitik. Eine gewisse Angleichung der Hypothekarzinsen auf internationaler Ebene ist heute schon spürbar, hat aber nichts mit dem EWR zu tun, wie wir in den letzten Jahren gesehen haben.

Die Befürchtung von ausländischer Zuwanderung ist - wie bereits dargelegt - unbegründet. Gerade auch die hohen Wohnkosten der Schweiz halten Zuwanderer ab.

Konsumenten

Der harte internationale Konkurrenzkampf hat einen Preisdruck zur Folge. Dies führt unweigerlich zu vermehrter Massenware. Die Schweiz kann diese Entwicklung auch nicht mit schärferen Qualitäts- oder Umweltvorschriften aufhalten, denn strenge Vorschriften, wie sie die Schweiz heute kennt, z.B. hinsichtlich dem Abfall, PVC-Verwendung oder für die Begrenzung von Zusatzstoffen in Lebensmitteln, können im EWR nicht mehr für ein Land allein festgelegt werden.

Die Konsumentenrechte sind in der EG besser verankert als in der Schweiz. Die Stellung der Konsumenten wird im EWR verstärkt, z.B. durch eine verbesserte Produkthaftpflicht. Zudem sollen Erleichterungen im Importbereich zu einer Senkung der Preise für gewisse Produkte wie Autos, Möbel oder elektronische Apparate führen. Die Preise für Lebensmittel werden dagegen nicht sinken, weil die Landwirtschaft nicht vom EWR tangiert ist.

Landwirtschaft

Dagegen:

Das EWR-Abkommen klammert zwar den Agrarsektor zunächst aus, bringt aber einen erleichterten Marktzugang von süd-europäischen Agrarprodukten. Er sieht zudem einen weitergehenden Import von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vor, was unserer Bauernschaft schadet. In der EG sind die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe bereits verschwunden oder im Schwinden begriffen. Mit einer Annäherung an Europa ist somit auch in der Schweiz ein Kleinbauernsterben zu erwarten.

Dafür:

Nur eine florierende Wirtschaft vermag die Zukunft unserer Landwirtschaft zu sichern. Der EWR öffnet uns den Weg dazu. Das Abkommen klammert die Landwirtschaft aus. Einzig einige Erzeugnisse aus den südlichen Ländern der EG, wie die Oliven, die Orangen usw., werden von ihm erfasst. Auf der anderen Seite können die Schweizer Bauern von besseren Exportmöglichkeiten und sinkenden Importpreisen, z.B. auf landwirtschaftlichen Maschinen, profitieren.

Umweltschutz

Mit dem vom EWR angestrebten Wirtschaftswachstum wird die Belastung der Umwelt mit Schadstoffen steigen: Die Warentransporte auf der Strasse sowie die Luftschadstoff-Emissionen werden massiv zunehmen, der Trend zum Massentourismus wird sich verstärken, die Abfallproblematik wird sich zuspitzen. Die Schweiz gehört als Transit- und Tourismusland zu jenen Ballungsräumen, in denen sich diese Probleme bei einer Annahme des EWR-Abkommens stark auswirken würden.

Daneben hat die Vorschrift der Einstimmigkeit im Ministerrat zur Folge, dass sich die EG auch im Umweltschutzbereich stets dem rückständigsten Land anpassen muss. Dies alles bremst einzelne Länder wie die Schweiz, die in ihrer Vorreiterrolle im Umweltschutz weiter fortschreiten wollen.

Umweltschutz muss als gesamteuropäische, ja globale Aufgabe gemeinsam angegangen werden. Ein Alleingang bringt hier wenig. Die EG-Behörden wollen die Oekologiepolitik in Zukunft verstärkt angehen. Diese Haltung kommt auch im EWR ganz klar zum Ausdruck. Insgesamt bringt es dem Umweltschutz sicher mehr, wenn sich die Schweiz im und mit dem EWR für schärfere Umweltnormen einsetzt.

Im EWR-Abkommen sind die schweizerischen Ziele im Umweltschutz weitgehend erreicht worden. Die Vertragsparteien einigten sich auf harmonisierte Umweltvorschriften auf dem hohen Niveau der EFTA-Staaten. Praktisch alle unsere Begehren bei produktbezogenen Vorschriften wurden erfüllt.

Die wichtigsten gesetzlichen Änderungen (Eurolex)

Das gute Funktionieren des EWR-Abkommens bedingt, dass die gesetzlichen Vorschriften aller teilnehmenden Staaten bis zu einem gewissen Grade harmonisiert sind. Für die Schweiz bringt dies nur wenige Probleme, denn unsere Gesetzgebung entspricht weitgehend derjenigen der anderen europäischen Länder, die unsere demokratischen und freiheitlichen Werte mit uns teilen. Dennoch mussten mit der Genehmigung des EWR-Abkommens 61 Gesetze geändert und 9 Erlasse geschaffen werden. Diese vom Parlament beschlossenen rechtlichen Anpassungen, zusammengefasst unter dem Namen "Eurolex", treten gleichzeitig mit dem EWR-Abkommen in Kraft. Gegen die einzelnen Eurolex-Erlasse kann aber nachträglich das Referendum ergriffen werden.

In der Folge sind die wesentlichen Neuerungen, die "Eurolex" bringt, aufgeführt:

(Achtung: Stand Ende August. Die parlamentarischen Beratungen werden selbstverständlich berücksichtigt).

1. Soziale Sicherheit und Gleichstellung von Mann und Frau

- Die Unfall- wie auch die Krankenkassenprämien für Mann und Frau sollen gleich sein.
- Für die Auslandschweizer ausserhalb des EWR bleibt die Möglichkeit der freiwilligen AHV/IV bestehen.
- Die Hilflosenentschädigungen der AHV/IV werden ins System der Ergänzungsleistungen übergeführt und sind auch dort einkommensunabhängig. Die Ansprüche der hilflosen Betagten und der Behinderten bleiben somit unangetastet.
- Die Vorschriften über die Unfallverhütung werden auf alle Betriebe ausgedehnt.
- Beim Verlassen der Schweiz können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch während einer bestimmten Zeit die Barauszahlung der bisherigen Freizügigkeitsleistung aus der 2. Säule geltend machen. Nachher wird dies nur noch beim Verlassen des EWR möglich sein.

2. Mitspracherecht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

- Die rechtliche Stellung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird verbessert. So haben sie im Betrieb ein Recht auf Information und Mitsprache sowie den Anspruch auf eine Arbeitnehmervertretung.
- Der Gesundheitsschutz wird auch auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgedehnt, die eine leitende, wissenschaftliche oder selbständige künstlerische Tätigkeit ausüben.

3. Verbesselter Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten

- Eurolex bringt in manchen Bereichen einen besseren rechtlichen Schutz für Konsumentinnen und Konsumenten, insbesondere bei Kleinkrediten, Haustürgeschäften und Pauschalreisen. Alle Textilerzeugnisse werden im EWR obligatorisch gekennzeichnet.
- Für Personen- und Sachschäden, die durch einen Fehler eines Produktes verursacht werden, muss der Hersteller uneingeschränkt und unabhängig von jedem Verschulden haften. Unter bestimmten Voraussetzungen haften neben dem Hersteller auch der Importeur und eventuell sogar der Lieferant.

4. Verbesselter Schutz für Menschen und Tiere

- Die Informationen über die Umwelt werden umfassender und leichter zugänglich.
- Der Umgang mit Krankheitserregern wird strenger geregelt.
- Die Tierseuchen sollen rigoros bekämpft werden.

5. Gleiche Regeln für Unternehmen

- Für die Unternehmen aus allen EWR-Staaten sollen grundsätzlich die gleichen Regeln gelten. Zudem wird der Informationsaustausch zwischen den Staaten verbessert.

6. Verbesserte Aufsicht im Versicherungswesen

- Versicherungsunternehmen aus dem ganzen EWR erhalten freien Marktzutritt. Die Kunden profitieren somit von einem grösseren Angebot.
- Bei einem Einzel-Lebensversicherungsvertrag können sie innert der Frist von 14 Tagen ein Rücktrittsrecht geltend machen.

7. Transparenz im Banken- und Börsenwesen

Jede Bank, die in einem EWR-Staat zugelassen ist, darf in allen übrigen EWR-Staaten tätig sein und Niederlassungen eröffnen.

Die Identität der Aktionäre, die einen massgebenden Einfluss auf die Geschäftsführung einer Bank haben, muss künftig offengelegt werden. Zudem wird der Informationsaustausch zwischen den EWR-Staaten im Banken- und Börsenbereich sichergestellt.

8. Harmonisierung der technischen Vorschriften

Die Vorschriften für technische Einrichtungen und Geräte werden vereinheitlicht und zum Teil verschärft. Dadurch wird die Sicherheit und Gesundheit der Benutzerinnen und Benutzer verbessert.

9. Freier Personenverkehr

- Die Angehörigen eines EWR-Staates haben das Recht, in einem anderen EWR-Staat unter denselben Bedingungen wie die Angehörigen dieses Staates eine berufliche Tätigkeit auszuüben.
- Die Schweiz hat sich eine fünfjährige Übergangsfrist ausgehandelt, während der die Einschränkungen für erwerbstätige Personen aus dem EWR allmählich abgebaut und die Rechtsstellung der Saisoniers, der Grenzgänger und der Kurzaufenthalter schrittweise dem EWR-Recht angepasst werden können.
- Im Bereich des Grundstückerwerbs werden alle EWR-Angehörigen grundsätzlich die gleichen Rechte haben. Für den gewerbsmässigen Immobilienerwerb sowie für den Kauf von Grundstücken als Kapitalanlage gilt jedoch eine Übergangsfrist von fünf Jahren. Der Erwerb von Ferienwohnungen durch EWR-Angehörige, die nicht in der Schweiz wohnen, bleibt während dieser Zeit ebenfalls eingeschränkt.

10. Besserer Zugang zum EWR-Recht

Das im EWR und damit für die Schweiz geltende Recht wird in einer besonderen Rechtsammlung (EWR-Rechtssammlung) veröffentlicht. Dadurch wird den Bürgerinnen und Bürgern der Zugang zum geltenden Recht erleichtert.

EWR-Abkommen im Wortlaut

Es folgt der Text des Hauptabkommens.

Der vollständige Text des EWR-Abkommens (970 Seiten) ist im Bundesblatt Nr. 33/B vom 21. August 1992 (BBI 1992 IV 668ff.) veröffentlicht. Er kann zudem bei den Staatskanzleien der Kantone und den weiteren von den Kantonen bezeichneten Stellen (Auskunft hierüber bei der Staatskanzlei Ihres Kantons) eingesehen werden.

Der Text der weiteren in Artikel 1 des Bundesbeschlusses über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) aufgeführten Abkommen zwischen den EFTA-Staaten ist ebenfalls im Bundesblatt Nr. 33/B vom 21. August 1992 (BBI 1992 IV 1639ff.) veröffentlicht sowie bei den obengenannten kantonalen Stellen einsehbar.

- 64 -

Empfehlung an die Stimmberechtigten

Bundesrat und Parlament empfehlen den Stimmberechtigten, am 6. Dezember 1992 aus den dargelegten Gründen JA zum Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu stimmen.

Projet du 17.9.1992

Votation populaire du 6 décembre 1992

Explications du Conseil fédéral

Quel est l'enjeu du scrutin?

L'Espace économique européen (EEE)

L'Accord sur l'Espace économique européen (Accord EEE) offre à la Suisse la possibilité d'accéder au grand marché européen dès le 1^{er} janvier 1993. La libre circulation des marchandises, des personnes, des services et des capitaux - si importante pour notre pays - sera garantie entre la Suisse et les 18 autres pays membres de l'EEE de la même manière qu'entre les Etats membres de la Communauté européenne. En associant la Suisse à l'EEE, le Conseil fédéral et les Chambres veulent assurer notre avenir économique et notre prospérité tout en écartant le danger d'un isolement de notre pays en Europe.

p. 3	L'essentiel en bref
p. 4	Arrêté fédéral sur l'Espace économique européen
p. 5-7	Qu'est-ce que l'EEE?
p. 8-11	Avis du Conseil fédéral
p. 12-15	Arguments pour et contre l'EEE
p. 16-19	Eurolex: les principales modifications du droit suisse
p. 20-63	Texte de l'Accord EEE

(Provisorische Zeichnung)



ARRETE FEDERAL SUR L'ESPACE ECONOMIQUE EUROPEEN

du 2 octobre 1992

I

Article premier

L'Accord du 2 mai 1992 sur l'Espace économique européen (Accord EEE), les Accords du 2 mai 1992 entre les Etats de l'AELE relatifs à l'institution d'une Autorité de surveillance et d'une Cour de justice et à un Comité permanent des Etats de l'AELE, et l'Accord du 20 mai 1992 relatif à un Comité de parlementaires des Etats de l'AELE sont approuvés.

Art. 2

Le Conseil fédéral est autorisé à ratifier ces accords.

II

Les dispositions transitoires de la constitution fédérale sont complétées comme il suit:

Art. 20 (nouveau)

1 Les modifications du droit fédéral adoptées par l'Assemblée fédérale et nécessaires pour l'entrée en vigueur de l'Accord EEE entrent en vigueur en même temps que l'Accord.

2 Si le référendum est demandé contre un acte législatif et que celui-ci est rejeté en votation populaire, il cesse immédiatement d'être en vigueur.

3 Pour les modifications ultérieures de la législation fédérale découlant de l'Accord EEE, la procédure législative selon les articles 89ss s'applique.

4 La primauté du droit international public demeure réservée pour tous les organes d'élaboration et d'application du droit.

Art. 21 (nouveau)

La Confédération sauvegarde les intérêts des cantons lors de la mise en oeuvre et du développement de l'Accord EEE, de même que dans les questions relatives à l'Intégration européenne. Elle informe les cantons à temps et de manière complète, les consulte et les associe à la préparation des décisions dans la mesure où ils sont concernés.

III

Le présent arrêté est soumis au vote du peuple et des cantons.

L'essentiel en bref - 3 -

L'Europe est une réalité

Une nouvelle réalité européenne verra le jour à l'aube de l'année 1993: c'est l'Espace économique européen (EEE) que veulent constituer les sept pays membres de l'Association européenne de libre-échange (AELE) et les douze Etats membres de la Communauté européenne (CE). Les pays de l'AELE pourront ainsi accéder au marché intérieur de la CE.

Nous sommes des Européens

Notre manière de penser et d'agir, notre mentalité et notre système de valeurs sont profondément marqués par les liens historiques et géographiques étroits qui nous unissent à l'Europe. Nous partageons avec elle nos langues, nos cultures et nos valeurs démocratiques. Ces liens mutuels sont depuis toujours le fruit de relations aussi étroites que fructueuses. L'Accord EEE a précisément pour objectif d'assurer et de promouvoir les fondements économiques de ces relations, mais aussi d'ouvrir de nouveaux horizons aux générations futures.

Un grand marché

Grâce à l'EEE, 380 millions de personnes auront accès à un grand marché. Elles bénéficieront des mêmes conditions pour commercer, fournir des services, investir et s'établir partout dans ce grand espace. La coopération entre les Etats membres de l'EEE sera approfondie dans les domaines de la recherche et du développement, de l'information, de la formation, de la promotion des entreprises et du tourisme. Le consommateur sera mieux protégé, la sécurité sociale accrue, l'égalité entre hommes et femmes encouragée et la protection de l'environnement renforcée par des réalisations communes.

Craintes et objections

Plusieurs groupements issus de divers horizons politiques s'opposent à la participation de la Suisse à l'EEE. Ils craignent la perte d'une partie de la souveraineté de notre pays, les problèmes économiques, les carences institutionnelles de l'Accord EEE, les coûts élevés et l'anticipation de l'adhésion à la CE.

Considérations du Conseil fédéral et des Chambres

La Suisse ne doit pas s'isoler en Europe. Ce n'est pas en restant à l'écart qu'elle pourra protéger efficacement ses intérêts économiques et garantir sa prospérité: c'est en participant de manière active. L'EEE nous le permet. Si nous rejetions cet Accord, il serait beaucoup plus difficile à l'avenir de négocier des traités bilatéraux comme nous l'avons fait jusqu'à présent, car nous nous trouverions seuls face aux 18 pays de l'EEE.

Qu'est-ce que l'EEE?

Un marché européen

Le 2 mai 1992, 19 pays - dont la Suisse - ont décidé de créer un Espace économique européen (EEE). Dès le 1^{er} janvier 1993, l'EEE offrira aux sept pays membres de l'Association européenne de libre-échange (AELE) et aux douze Etats membres de la Communauté européenne (CE) un cadre dans lequel ils évolueront en tant que partenaires économiques égaux. Sont parties à l'Accord EEE:

pour l'AELE: l'Autriche, la Finlande, l'Islande, le Liechtenstein, la Norvège, la Suède et la Suisse;

pour la CE: l'Allemagne, la Belgique, le Danemark, l'Espagne, la France, la Grande-Bretagne, la Grèce, l'Irlande, l'Italie, le Luxembourg, les Pays-Bas, le Portugal et la CE elle-même.

La pierre angulaire de l'Accord EEE

L'interdiction de toute discrimination exercée en raison de la nationalité constitue la pierre angulaire de l'Accord EEE. Les législations pourront continuer de différer d'un pays à l'autre, mais elles devront s'appliquer à tous de la même façon. Le respect du principe de la non-discrimination dépend de la mise en oeuvre des **quatre libertés** suivantes:

1. La libre circulation des marchandises

Déjà en 1972, l'Accord de libre-échange avait permis de faire tomber certaines barrières douanières. Mais d'autres entraves aux échanges subsistent. Aussi l'EEE a-t-il notamment pour objectif de supprimer certaines normes et réglementations techniques.

L'harmonisation de ces réglementations permettra de supprimer les doubles contrôles et donc de faire baisser les coûts. Les nouvelles règles d'origine et la simplification des formalités douanières permettront également d'orienter les coûts à la baisse. Par ailleurs, l'accès aux marchés publics sera amélioré.

L'agriculture n'est pas concernée par l'Accord EEE. La Suisse pourra continuer à mener une politique agricole qui lui soit propre. Certains produits feront l'objet de simplifications douanières. C'est le cas du fromage, des plantes en pots, des fleurs coupées et de 23 produits provenant des pays du sud de l'Europe (fruits, noix, jus, etc.). En contrepartie, nos produits agricoles transformés trouveront de meilleurs débouchés dans l'EEE.

2. La libre circulation des personnes

La libre circulation des personnes permettra aux ressortissants des pays de l'EEE de circuler librement à l'intérieur de l'EEE. Ils auront le droit d'habiter, de travailler et de se perfectionner partout dans l'EEE, ce qui est particulièrement important pour les jeunes. Cette liberté de circulation aura une influence déterminante sur la croissance économique escomptée. Mais elle aura ses limites: seules les personnes ayant un contrat de travail pourront travailler en Suisse. Il n'y a pas lieu de s'attendre à un afflux de ressortissants des pays de l'EEE: les dispositions sur la libre circulation des personnes n'entreront en vigueur que dans cinq ans, et la Suisse pourra au besoin invoquer une clause de sauvegarde.

3. La libre circulation des services

Cette liberté constitue une nouveauté. Jusqu'à présent, le domaine des services, dont l'importance ne cesse de croître, n'a guère fait l'objet d'accords internationaux. Grâce à l'EEE, les sociétés fournissant des services comme les sociétés d'informatique, les banques, les compagnies d'assurances, les compagnies aériennes et les entreprises de transport pourront exercer leurs activités dans les 19 pays de l'EEE. Voilà une perspective particulièrement intéressante pour la Suisse, dont l'économie repose en grande partie sur le secteur des services.

4. La libre circulation des capitaux

La Suisse pratique une politique libérale dans le domaine de la circulation des capitaux. Or la législation restreignant l'acquisition d'immeubles suisses par des personnes à l'étranger (lex Friedrich) constitue une exception qu'il convient de corriger. Pour ce faire, notre pays a négocié une période transitoire de cinq ans. A l'avenir, les mesures relevant du droit foncier et de l'aménagement du territoire offriront suffisamment de possibilités de réguler le marché immobilier. La Suisse pourra en outre invoquer une clause de sauvegarde.

Politique sociale, protection des consommateurs et protection de l'environnement

Outre les quatre libertés précitées, l'Accord EEE contient des dispositions destinées à régir et à promouvoir la coopération dans les domaines de la recherche et de l'éducation. De nouvelles règles concernant la protection des consommateurs, la protection de l'environnement et la politique sociale doivent permettre à notre pays de se mettre au diapason du reste de l'Europe. La politique sociale connaîtra quelques améliorations. Enfin, la Suisse pourra maintenir son degré élevé de protection de l'environnement et continuer, seule ou avec ses partenaires de l'EEE, à développer ce type d'activités.

Les institutions de l'EEE: le veto et la clause de sauvegarde, deux instruments garants de notre sécurité

Le fonctionnement de l'EEE

Le Conseil de l'EEE, composé notamment d'un membre du gouvernement de chaque partie contractante, est l'organe essentiel qui traite les questions relatives à l'Accord EEE. Il définit les orientations générales et prend les décisions politiques.

Le Comité mixte de l'EEE, dont font partie de hauts fonctionnaires, est quant à lui responsable de la mise en oeuvre et du bon fonctionnement de l'Accord. C'est l'organe de consultation, d'information et d'administration.

Toutes les parties contractantes disposent d'un siège dans chacun de ces deux organes.

L'évolution du droit de l'EEE

L'Accord EEE, qui régleme de nombreux domaines, doit être assez souple pour pouvoir s'adapter à de nouvelles données. Aucune modification ultérieure du droit de l'EEE ne pourra se faire sans l'approbation de tous les Etats de l'AELE. Notre pays ne sera donc pas contraint de reprendre automatiquement de nouvelles dispositions du droit de la CE. Si un Etat de l'AELE - prenons l'exemple de la Suisse - rejette une nouvelle réglementation, le Comité mixte de l'EEE sera dans l'obligation de trouver une solution négociée.

Au cas où les obligations découlant de l'Accord EEE créeraient des problèmes dans un Etat de l'AELE, l'Accord a prévu un instrument qui est la clause de sauvegarde. En cas de sérieuses difficultés d'ordre économique, sociétal ou environnemental, cet instrument permettra au pays en question de déroger aux règles régissant l'EEE, et ce tant que la situation ne se sera pas normalisée. En pareil cas, les autres parties contractantes seront autorisées à prendre des mesures de rééquilibrage proportionnées. La Suisse a clairement précisé qu'elle pourrait invoquer cette clause de sauvegarde pour se prémunir contre un afflux soudain de ressortissants des pays de l'EEE ou contre une trop forte demande de biens immobiliers.

Le règlement des différends

Les différends entre les parties contractantes seront réglés par voie de négociations ou par un tribunal arbitral. La protection des intérêts privés incombera aux tribunaux nationaux et à une cour des pays de l'AELE. Quant à certains litiges en matière de concurrence, ils seront tranchés - comme jusqu'à présent - par la Cour de justice des Communautés européennes.

L'Accord EEE pourra être dénoncé par toute partie contractante moyennant un préavis d'un an.

AVIS DU CONSEIL FEDERAL

Le Conseil fédéral est convaincu que l'Espace économique européen (EEE) est d'un intérêt vital pour la Suisse. Participer à l'EEE empêchera l'isolement de notre pays en Europe, permettra à notre économie d'accéder à de nouveaux marchés, assurera notre prospérité et ouvrira de nouvelles perspectives aux générations futures. Le Conseil fédéral est favorable à l'EEE, notamment pour les motifs suivants:

Un accord d'une grande portée

En instaurant un espace économique commun à 19 pays, l'Accord EEE contribuera dans une large mesure au développement économique de l'Europe de demain. Le verdict du peuple et des cantons déterminera le rôle que jouera la Suisse dans ce contexte. La coexistence au sein de l'EEE rapprochera les citoyens et citoyennes des pays concernés. La diversité des idées, des valeurs et des mentalités favorisera la compréhension mutuelle. L'EEE consolidera donc les bases communes de la paix et de la prospérité.

Avantages pour notre économie

L'économie suisse a toujours été très axée sur l'étranger, et tout particulièrement sur l'Europe. Les deux tiers de nos exportations vont aux pays de l'EEE, d'où proviennent 75 % de nos importations. Si nous disons oui à l'EEE, l'accès aux marchés européens restera ouvert à notre économie, qui pourra poursuivre son expansion. Selon les experts, si la Suisse participe à l'EEE, elle devrait enregistrer un taux de croissance supplémentaire de 4 à 6 % ces dix prochaines années, ce qui contribuera aussi à assurer la sécurité de l'emploi.

Mais l'EEE entraînera également la libéralisation et l'harmonisation des marchés publics. Outre un accroissement de la concurrence, il en résultera des possibilités intéressantes dans toute l'Europe pour les entreprises suisses: en ouvrant un marché d'environ 30 milliards de francs, la Suisse pourra accéder aux marchés publics de l'EEE, dont le volume avoisine les 800 milliards de francs.

Participer à l'EEE ne signifie pas adhérer à la CE

Il ne faut pas confondre l'EEE et la CE. Le scrutin du 6 décembre ne porte que sur l'Accord EEE. Un oui à l'EEE n'entraînera pas automatiquement l'adhésion à la CE. Le Conseil fédéral a déposé une demande en vue de l'ouverture de négociations sur l'adhésion de la Suisse à la CE. Il lui faudra tout d'abord négocier les conditions d'une éventuelle adhésion, ce qui devrait prendre quelques années. Ce n'est que plus tard que le Conseil fédéral, le Parlement et, en fin de compte, le peuple suisse se prononceront sur cette question. L'EEE et la CE sont donc deux sujets à traiter séparément.

Liberté de mouvement dans toute l'Europe

Grâce à l'EEE, les Suisses et les Suissesses auront le droit de travailler, de vivre et de se perfectionner dans les autres pays européens, ce qui est surtout important pour l'avenir des générations futures. La Suisse sera en principe, elle aussi, ouverte aux ressortissants des Etats de l'EEE. Mais, seules les personnes qui disposent d'un contrat de travail ou d'un revenu suffisant obtiendront un permis d'établissement. Ces dispositions n'entreront en vigueur qu'après un délai transitoire de cinq ans. Les experts estiment qu'il n'y a pas lieu de craindre un nouvel afflux de main-d'oeuvre étrangère en provenance des pays de l'EEE, ce que confirme l'expérience faite au sein de la CE. Si, contrairement à toute attente, les choses devaient évoluer différemment, la Suisse pourrait, en cas de nécessité, déroger au droit de l'EEE et prendre des mesures défensives en invoquant une clause de sauvegarde.

Un accord social, à l'avantage des femmes

L'Accord EEE apportera de nombreuses améliorations sociales, notamment des dispositions sur la sécurité au travail (travail à l'écran) et le droit des travailleurs à être informés en cas de fusions d'entreprises ou de licenciements collectifs. Par ailleurs, l'égalité entre hommes et femmes fera l'objet de nouvelles dispositions légales consacrant notamment l'égalité des sexes dans la vie professionnelle, une protection contre le licenciement pour les femmes exigeant l'égalité de salaire, et le maintien de la prévoyance vieillesse indépendante pour les femmes mariées. En outre, les primes des caisses-maladie et des assurances-accidents seront à l'avenir identiques pour les hommes et les femmes.

Dans l'intérêt des consommateurs

La libéralisation des marchés en Europe renforcera la concurrence, ce qui devrait faire baisser les prix à la consommation. Autre avantage pour les consommateurs: l'offre de marchandises et de services sera plus riche. Mais l'Accord EEE améliorera aussi la protection des consommateurs: grâce au principe de la responsabilité du fait du produit, le consommateur sera protégé des dommages consécutifs à l'utilisation d'un produit.

Maintien des droits populaires

Nos droits populaires, notamment la démocratie directe, ne seront pas fondamentalement remis en cause par l'EEE. On pourra toujours lancer un référendum contre des lois fédérales et exiger une votation. On pourra aussi toujours lancer une initiative populaire. La Suisse sera toutefois tenue d'appliquer certaines normes légales de l'EEE. Au cas où des décisions du peuple seraient contraires au droit de l'EEE, cela ne resterait pas sans conséquences: dans l'hypothèse où nous n'arriverions pas à négocier une solution avec nos partenaires de l'EEE, nous devrions, dans le pire des cas, nous attendre à des mesures de rétorsion économiques.

Toute future modification d'une loi en vertu d'un acte édicté par l'EEE devra être approuvée en Suisse. Nos droits de participation démocratiques et fédéralistes seront donc maintenus. L'Accord EEE n'obligera pas non plus la Suisse à transférer des compétences législatives aux organes de l'EEE; elle pourra opposer son veto à des dispositions de l'EEE qui ne lui conviendraient pas; là encore, elle encourra des mesures de rétorsion économiques.

Harmonisation grâce à Eurolex

La plus grande partie de nos lois n'ont pas besoin d'être modifiées, ce qui n'a rien d'étonnant puisque, sur les plans politique et social, nous sommes en accord avec nos voisins. 61 lois feront toutefois l'objet de modifications, et neuf nouveaux actes verront le jour. L'ensemble de ces dispositions est appelé "Eurolex". Le Parlement les a approuvées, de sorte qu'elles pourront entrer en vigueur le 1er janvier 1993, en même temps que l'Accord EEE. Si l'une de ces lois fait l'objet d'un référendum, elle devra être par la suite soumise au verdict populaire.

Maintien du fédéralisme

L'Accord EEE ne changera rien à la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, car il concerne essentiellement le droit fédéral. Comme le veut notre conception fédéraliste de la démocratie, cantons et communes veilleront eux-mêmes à l'adaptation de leurs législations. Les cantons devront notamment modifier les dispositions relatives aux marchés publics et à la reconnaissance des diplômes. Pour toutes les questions touchant l'évolution en Europe, ils auront le droit d'être informés et consultés, et ils bénéficieront d'un droit de participation.

Aucun impact sur des domaines politiques importants

S'il aborde de nombreux sujets économiques, l'Accord EEE ne porte pas sur certains domaines importants pour notre pays, tels que l'agriculture, la fiscalité et la politique monétaire. La Suisse reste donc indépendante dans ces secteurs. Comme il s'agit d'un accord économique, la politique générale - donc notre neutralité - n'est pas concernée.

Avantages financiers à long terme

Les cinq premières années, l'Accord EEE grèvera le budget de la Confédération de quelque 330 à 350 millions de francs par année, autrement dit, de moins d'un pour cent. Ces frais comprennent deux montants principaux: 100 millions de francs pour la participation de la Suisse à des programmes de recherche et développement européens, ainsi que 62 millions de francs pour la création d'un fonds de compensation en faveur des Etats de

l'EEE les plus pauvres. Ces dépenses devraient être compensées, car on s'attend à des économies dans le domaine des marchés publics et à des recettes supplémentaires provenant de l'impôt sur le chiffre d'affaires et de l'impôt fédéral direct par suite de l'augmentation de la croissance. Dès 1998, les coûts baisseront. Plus tard, les effets bénéfiques de l'EEE permettront non seulement de compenser les frais de participation mais encore d'enregistrer des recettes supplémentaires.

L'EEE est la seule option réaliste

Il n'y a pas d'autre option réaliste. En faisant cavalier seul, la Suisse choisirait l'isolement, avec tous les inconvénients que cela comporterait. Si, jusqu'à présent, une coopération ponctuelle et des accords bilatéraux avec la CE étaient possibles, il n'en ira plus de même dès la création de l'EEE, car nous aurons moins d'atouts en cas de négociations bilatérales. Il serait donc illusoire de croire qu'un non à l'EEE ne changerait rien. Mais la voie solitaire entraînerait aussi des conséquences politiques: on reprocherait à la Suisse son manque de solidarité, elle aurait de moins en moins d'influence sur l'évolution économique et politique en Europe et elle devrait se contenter d'un rôle passif.

Pour tous ces motifs, le Conseil fédéral et la grande majorité des parlementaires recommandent de dire oui à l'EEE.

Arguments pour et contre l'EEE

Le Parlement a approuvé l'Accord EEE le 2 octobre 1992 à une nette majorité (Conseil national: ... voix contre ..., Conseil des Etats: ... voix contre ...).

Voici les principaux arguments développés par les partisans et par les adversaires de l'Accord EEE lors des débats au Parlement:

Minorité du Parlement **contre**:

Conseil fédéral et majorité du
Parlement **pour**:

La Suisse sera-t-elle isolée économiquement?

L'économie suisse est saine et assez forte pour se défendre même en dehors de l'EEE. Nous devons seulement garder confiance en nous-mêmes. Même si nous refusons de participer à l'EEE, nous aurons toujours la possibilité de mener une politique économique saine et indépendante. Si nous le faisons, la situation économique des Suisses et des Suissesses sera meilleure. Il en était d'ailleurs déjà ainsi jusqu'à présent. En revanche, au sein de l'EEE, les conditions générales seront moins favorables à notre économie. De plus, faire cavalier seul ne signifie pas rester à l'écart. Cette voie implique tout à fait une collaboration économique avec d'autres Etats.

Depuis des décennies, l'économie suisse entretient d'étroites relations avec les Etats de la CE. Elle a largement profité du commerce avec ces pays. Dès janvier 1993, le marché européen subira de profonds changements. En créant l'EEE, les pays de la CE et de l'AELE réaliseront le marché intérieur. Si la Suisse n'y participe pas, elle n'aura plus les mêmes chances qu'aujourd'hui sur le marché européen. Rester à l'écart du marché intérieur comporte de graves désavantages et entraîne une perte d'emplois pour notre économie qui est dépendante de l'exportation. A titre d'exemple, les produits suisses se vendraient plus difficilement en Europe en raison des différences dans les conditions d'admission.

La Suisse sera-t-elle isolée politiquement?

L'EEE n'est, pour la Suisse, qu'un accord transitoire. C'est un premier pas vers l'adhésion à la CE. Même si les décisions de participer à l'EEE et d'adhérer à la CE sont soumises à deux scrutins distincts, les deux objets sont étroitement liés, ainsi que l'a déjà relevé le Conseil fédéral. La Suisse perdra son indépendance, non pas tant dans l'EEE que plus tard au sein de la CE. En adhérant à la CE, elle abdiquera une partie de ses libertés actuelles. Le déficit démocratique au sein de la CE est important. Et il ne sera pas moindre même si nous y adhérons. La Suisse ne restera forte que si elle demeure autonome et indépendante.

L'Europe de 1993 n'est pas l'Europe d'autrefois. Les relations réciproques entre les Etats européens vont continuer à se développer. Bien des problèmes ne peuvent plus être résolus au seul niveau suisse. La Suisse ne peut pas se permettre de s'exclure elle-même de l'Europe alors que tous les autres pays d'Europe occidentale participent à l'EEE.

Un oui à l'EEE est loin d'être un oui à la CE. Le 6 décembre, le scrutin ne porte que sur la participation à l'EEE. Ce n'est que dans quelques années - lorsque les négociations auront abouti - qu'un scrutin sera organisé sur une éventuelle adhésion à la CE.

Démocratie directe, fédéralisme

Contre:

L'Accord EEE restreindra fortement nos droits populaires. Le droit de l'EEE l'emportera sur le droit suisse et ne pourra être modifié unilatéralement par la Suisse. Cela entravera considérablement l'exercice du droit de référendum et d'initiative. Les initiatives fédérales qui seront contraires au droit de l'EEE devront être déclarées non valables. Le système fédéraliste, qui se fonde sur l'autonomie des cantons et des communes, sera court-circuité dans les domaines régis par Bruxelles - et ceux-ci sont toujours plus nombreux et plus importants.

Pour:

Dans la pratique, l'EEE n'aura guère de grandes répercussions sur notre démocratie directe et n'entraînera pas de modifications du système fédéraliste. Des études montrent que seule une petite partie des initiatives et référendums déposés jusqu'à présent auraient posé des problèmes de compatibilité avec des dispositions de l'EEE. Et il s'agit d'ailleurs d'objets qui ont toujours été rejetés par le passé. Les droits de la démocratie directe ne seront pas non plus touchés au niveau des communes et des cantons.

Souveraineté

La reprise de 1400 directives de la CE, prescrite par l'Accord EEE, entraînera la révision de 61 lois fédérales et d'innombrables lois cantonales ainsi que d'ordonnances fédérales, cantonales et communales. Nous serons assujettis au droit étranger. Le Parlement, le Conseil fédéral, les autorités cantonales et communales ainsi que le Tribunal fédéral devront sans délai se soumettre aux directives de Bruxelles. Et cela vaudra également pour l'avenir, car les technocrates de Bruxelles sont très productifs. Le droit étranger sera en outre exercé par des juges étrangers. Cela ira à l'encontre de la tradition suisse et de l'histoire de la Confédération. Ce ne seront plus les tribunaux suisses mais des juges étrangers qui auront le dernier mot. Notre pays sera satellisé, c'est-à-dire inféodé, et nous perdrons notre indépendance.

L'Accord EEE n'est pas du droit étranger. Ainsi que le Parlement l'a constaté, les dispositions de l'EEE sont très proches de notre droit. Dans le développement ultérieur de l'EEE, la Suisse pourra toujours donner son avis sur les nouvelles normes qui seront soumises à son approbation. C'est en restant à l'écart de l'EEE que la Suisse sera satellisée, car nous devrions alors reprendre les normes du marché intérieur sans pouvoir exercer d'influence sur leur élaboration. Dans l'EEE, ni la Suisse, ni les Suisses ou les Suissesses ne seront traduits devant des juges étrangers. Ce sont les tribunaux suisses qui veilleront à ce que l'Accord EEE soit respecté chez nous. Si la Suisse viole un engagement qu'elle a pris au sein de l'EEE, elle pourra être traduite devant le tribunal de l'AELE au sein duquel siège d'ailleurs un juge suisse.

Libre circulation des personnes

La libre circulation des personnes donne le droit à tout ressortissant et à toute ressortissante de l'EEE de s'établir et de travailler dans n'importe quel Etat de l'EEE. Les restrictions mises jusqu'à présent à l'arrivée de main-d'oeuvre étrangère seront supprimées. La Suisse, pays d'immigration, attirera encore plus d'étrangers. Elle offre du travail et de bons salaires, ce qui incitera des travailleurs étrangers à venir chez nous. La population résidente étrangère augmentera fortement. Les libertés de l'EEE facilitent en outre l'acquisition par des étrangers de logements, de biens immobiliers et d'entreprises en Suisse. Les étrangers souhaitent beaucoup investir en Suisse en immeubles et en terrains. Si l'on supprime les barrières légales actuelles, cela entraînera le bradage du sol national.

Il ne faut pas craindre que l'EEE provoque une forte immigration et entraîne le bradage du sol national. La libre circulation des personnes ne s'applique pas aux chômeurs. Elle n'est valable que pour les ressortissants de l'EEE qui ont un contrat de travail. Dans la CE, cette libre circulation existe depuis longtemps déjà et aucune immigration massive, par exemple des pays du sud de la CE, ne s'est produite nulle part. En outre, les contrôles à la frontière seront maintenus. La Suisse pourra, en cas de besoin, invoquer la clause de sauvegarde de l'EEE.

La libre circulation des personnes est une chance pour les Suisses et les Suissesses d'aller s'établir à l'étranger. Les apprentis et les étudiants pourront aller acquérir une formation à l'étranger.

Salaires, chômage

Contre:

Une adhésion à l'EEE entraînera une baisse des salaires et une aggravation du chômage. Pratiquement tous les pays de la CE ont des millions de chômeurs. Si les frontières disparaissent, une partie de ces chômeurs risque de venir chercher du travail en Suisse et de concurrencer les travailleurs suisses. Il en résultera une augmentation du chômage chez nous aussi. De plus les salaires diminueront, car s'il y a en Suisse davantage de travailleurs touchant des bas salaires, cela entraînera une baisse générale du niveau des salaires des travailleurs et des travailleuses suisses.

Pour:

Ainsi qu'il a été dit plus haut, notre pays ne doit pas craindre de fortes immigrations de travailleurs étrangers. Nous avons depuis longtemps des travailleurs venus de pays où les salaires sont bas et cela n'a pas influencé le niveau des salaires, qui est élevé en Suisse. Au sein de la CE, il existe d'ailleurs de fortes disparités salariales malgré la libre circulation. L'adhésion à l'EEE accroîtra les chances de nos entreprises de profiter du marché européen, ce qui se répercutera favorablement à long terme sur le niveau des salaires et la sécurité de l'emploi en Suisse.

Loyers, taux hypothécaires

Plus la Suisse se rapprochera de la CE, plus le niveau des taux d'intérêt en Suisse se rapprochera du niveau européen qui est élevé. Or, lorsque les taux des intérêts hypothécaires sont élevés, les loyers sont chers. A cela s'ajoutera l'afflux de travailleurs étrangers. Si un plus grand nombre de travailleurs vient chercher du travail en Suisse, il faudra plus de logements. Cela conduira à une pénurie de logements et à un renchérissement des loyers.

L'Accord EEE ne touche pas au domaine des taux d'intérêt. La Banque nationale conservera son autonomie en matière de politique monétaire. Un certain rapprochement des taux hypothécaires se fait déjà sentir aujourd'hui au niveau international, mais l'EEE n'en est pas la cause, ainsi qu'on l'a vu ces dernières années.

Un afflux d'étrangers n'est pas à craindre, nous l'avons déjà dit. Au contraire, le coût élevé du logement dans notre pays exercera sur eux un effet dissuasif.

Consommateurs

La forte concurrence internationale exerce une pression sur les prix. Il en résulte inévitablement un accroissement de la production de grande série. La Suisse ne peut arrêter une telle évolution, même avec des prescriptions plus sévères concernant la qualité et la protection de l'environnement, car des prescriptions sévères - telles que notre pays en connaît aujourd'hui, par exemple pour les déchets, l'utilisation des PVC ou la limitation des additifs dans les denrées alimentaires - ne peuvent plus, dans l'EEE, être fixées pour un pays seul.

Les droits des consommateurs sont mieux garantis dans la CE qu'en Suisse. La position des consommateurs sera renforcée dans l'EEE, par exemple grâce à une meilleure définition de la responsabilité du fait des produits. En outre les facilités touchant les importations pourraient entraîner une baisse des prix pour certains produits comme les automobiles, les meubles ou les appareils électroniques. En revanche, les prix des denrées alimentaires ne baisseront pas puisque l'agriculture n'est pas touchée par l'EEE.

Agriculture

Contre:

L'Accord EEE exclut certes dans un premier temps le secteur agricole, mais il facilite l'accès au marché des produits provenant du sud de l'Europe. Il prévoit en outre un développement de l'importation de produits agricoles, ce qui nuit aux paysans suisses. Dans la CE, les petites exploitations agricoles ont déjà disparu ou sont en voie de disparition. En se rapprochant de l'Europe, on prépare donc la mort des petites exploitations agricoles en Suisse.

Pour:

Seule une économie prospère peut garantir l'avenir de notre agriculture. L'EEE nous ouvre la porte à cette prospérité. L'Accord EEE ne concerne pas l'agriculture, sauf pour quelques produits en provenance des pays du sud de la CE, tels que les olives, les oranges, etc. En revanche, les paysans suisses pourront tirer profit des possibilités accrues d'exportation et de la baisse des prix à l'importation, par exemple sur les machines agricoles.

Protection de l'environnement

La croissance économique visée par l'EEE aggravera les atteintes portées à l'environnement: la pollution due aux transports de marchandises par la route ainsi que les polluants atmosphériques augmenteront massivement, le tourisme de masse se développera encore plus et le problème des déchets empirera. Pays de transit et de tourisme, la Suisse fait partie des zones de concentration où ces problèmes auront les plus graves répercussions en cas d'acceptation de l'Accord EEE.

De plus, comme l'unanimité est requise au Conseil des Ministres, la CE doit toujours s'adapter au niveau du pays le moins avancé, ce qui s'applique notamment à la protection de l'environnement. Tout cela ralentit les efforts de certains pays comme la Suisse, qui veulent continuer à progresser dans leur rôle de pionnier en matière de protection de l'environnement.

La protection de l'environnement est une tâche globale qui concerne toute l'Europe, il faut s'y attaquer tous ensemble; il ne sert pas à grand chose dans ce domaine de vouloir faire cavalier seul. Les autorités de la CE ont l'intention d'attacher plus d'importance à l'avenir à la politique écologique. Cette position se reflète d'ailleurs très clairement dans l'Accord EEE. Dans l'ensemble, la Suisse servira mieux la cause de l'environnement si elle défend, au sein de l'EEE et avec l'EEE, l'adoption de normes plus sévères dans ce domaine.

Dans l'Accord EEE, les objectifs de la Suisse concernant la protection de l'environnement ont largement été atteints. Les parties contractantes se sont mises d'accord pour harmoniser les prescriptions au niveau élevé que connaissent les pays de l'AELE. Pratiquement toutes nos demandes portant sur les prescriptions liées aux produits ont été acceptées.

EUROLEX : les principales modifications du droit suisse

La mise en application de l'Accord sur l'Espace économique européen nécessite un certain degré d'harmonisation des dispositions légales de tous les Etats contractants. Pour la Suisse, cette adaptation soulève peu de difficultés, car notre législation est largement en accord avec celle des autres pays européens qui partagent nos valeurs démocratiques et libérales.

Il a cependant fallu modifier 61 lois et arrêtés fédéraux et rédiger 9 actes législatifs nouveaux. Ces adaptations juridiques, décidées par le Parlement, forment ensemble ce qu'on appelle "Eurolex". Elles entreront en vigueur en même temps que l'Accord EEE. Le référendum pourra cependant être demandé contre un acte législatif après son entrée en vigueur.

Les principales innovations apportées par Eurolex sont les suivantes :

1 Sécurité sociale et égalité entre hommes et femmes

- Les cotisations des assurances maladie et accident seront identiques pour l'homme et la femme.
- Les Suisses de l'étranger vivant dans un pays situé en dehors de l'Espace économique européen garderont la possibilité de s'affilier volontairement à l'AVS / AI.
- Les allocations pour impotents de l'AVS / AI seront transférées dans le régime des prestations complémentaires et continueront à ne pas dépendre du revenu. Les droits des invalides et des retraités impotents seront donc maintenus dans leur intégralité.
- Le champ d'application des prescriptions sur la prévention des accidents professionnels sera étendu à toutes les entreprises.
- Les travailleurs et les travailleuses qui quittent la Suisse pourront encore pendant une période déterminée obtenir le paiement en espèces de la prestation de libre passage sur leur avoir de prévoyance professionnelle (deuxième pilier). Passée cette période, cette possibilité sera réservée à ceux qui quittent l'Espace économique européen.

2 Information et consultation des travailleurs

- Les travailleurs et les travailleuses bénéficieront d'un statut amélioré. Ils auront le droit d'être informés et consultés sur les questions qui concernent l'exploitation de l'entreprise, ainsi que d'élire des représentants.
- La protection de la santé sera étendue aux travailleurs exerçant une fonction dirigeante, une activité scientifique ou une activité artistique indépendante.

3 Meilleure protection des consommateurs

- Eurolex accorde dans maints domaines une meilleure protection juridique aux consommateurs et aux consommatrices, notamment en ce qui concerne le crédit à la consommation, les contrats conclus à domicile, et les voyages à forfait. Par ailleurs, l'EEE prescrit l'étiquetage obligatoire des textiles.
- Le producteur répondra des dommages aux gens et aux choses causés par un article défectueux, même lorsqu'il n'y a pas faute de sa part. Dans des conditions déterminées, l'importateur et le fournisseur seront aussi tenus pour responsables.

4 La santé humaine et animale mieux protégée

- L'information relative à l'environnement sera plus complète et plus facilement accessible.
- La manipulation d'agents pathogènes sera réglementée plus sévèrement.
- La lutte contre les épizooties sera poursuivie de manière plus rigoureuse.

5 Des règles identiques pour toutes les entreprises

- Des règles uniformes s'appliqueront aux entreprises de tous les pays de l'EEE. De plus, les échanges d'informations entre Etats seront facilités.

6 Libéralisation du secteur des assurances

- Les compagnies d'assurances auront toute liberté d'accès au marché dans l'ensemble de l'Espace économique européen. En conséquence, les assurés bénéficieront d'une offre plus large.
- Une police d'assurance vie pourra être résiliée dans un délai de 14 jours après la conclusion du contrat.

7 Transparence accrue sur les marchés bancaires et financiers

Toute banque autorisée à opérer dans un Etat de l'Espace économique européen pourra exercer son activité dans tous les autres Etats de l'EEE et y ouvrir des succursales.

L'identité des actionnaires, dont l'influence sur l'administration d'une banque est déterminante, devra être rendue publique. En outre, l'échange d'informations entre Etats de l'EEE dans les secteurs bancaire et boursier sera **assuré**.

8 Harmonisation des normes techniques

Les normes techniques applicables aux installations et aux appareils seront uniformisées, et parfois rendues plus sévères, de manière à renforcer la sécurité et à mieux protéger la santé des utilisateurs et des utilisatrices.

9 Libre circulation des personnes

- Tout ressortissant d'un Etat de l'EEE aura le droit d'exercer une activité professionnelle dans un autre pays membre, aux mêmes conditions que les citoyens de ce dernier.
- La Suisse dispose d'un délai de cinq ans, pendant lequel elle devra lever progressivement les restrictions actuelles à la libre circulation des travailleurs de l'EEE et adapter graduellement au droit de l'EEE le statut des saisonniers, des frontaliers et des titulaires d'un permis de séjour de courte durée.
- Tous les ressortissants de l'EEE auront les mêmes droits en matière d'acquisition de biens fonciers. Toutefois, une période transitoire de cinq ans est prévue en ce qui concerne l'achat de biens immobiliers dans le but de réaliser des affaires ou des placements. S'agissant de l'acquisition d'un logement de vacances, les ressortissants de l'EEE qui ne sont pas domiciliés en Suisse demeureront assujettis à une autorisation pendant cette période.

10 Publication du droit de l'EEE

Le droit applicable aux Etats de l'EEE et donc à la Suisse sera publié dans un recueil spécifique (recueil EEE), de manière à ce que les citoyens et les citoyennes puissent en prendre connaissance.

Texte de l'Accord EEE

On trouvera dans les pages qui suivent le texte de l'Accord proprement dit.

Le texte complet, soit 970 pages, a été publié dans la Feuille fédérale n° 33 / B du 21 août 1992 (FF 1992 IV, pages 657 et suivantes). Il peut être consulté à la Chancellerie d'Etat, ainsi qu'aux autres endroits désignés par le canton (prière de se renseigner à la chancellerie cantonale).

Les textes des autres accords mentionnés à l'article premier de l'arrêté fédéral sur l'Espace économique européen (EEE), qui ont été passés entre les Etats de l'AELE, sont également parus dans le numéro susmentionné de la Feuille fédérale (FF 1992 IV, pages 1626 et suivantes), et peuvent aussi être consultés aux endroits cantonaux susmentionnés.

Recommandation aux électeurs et aux électrices

**Pour les motifs évoqués dans la présente brochure, le Conseil fédéral et les
Chambres recommandent aux électeurs et aux électrices de voter OUI à l'arrêté
fédéral sur l'Espace économique européen (EEE) le 6 décembre 1992.**



SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
 CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
 CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

3003 Bern, 14. September 1992

Franz. Fassung folgt

An den Bundesrat

AUSSPRACHEPAPIER

Abstimmungserläuterungen über den EWR

In der Beilage erhalten Sie den Entwurf zu den Abstimmungserläuterungen über den EWR. Er wurde von einer Arbeitsgruppe erarbeitet, der Vertreterinnen und Vertreter des Integrationsbüros, des Justiz- und Polizeidepartementes und der Bundeskanzlei angehören.

Die Vorbereitungen und die Drucklegung der Abstimmungserläuterungen erfolgen unter Zeitdruck. Die Bundeskanzlei und die EDMZ mussten zahlreiche Vorkehren treffen, damit diese Broschüre rechtzeitig erscheinen kann.

Der Bundesrat sollte bereits an seiner Sitzung vom 16. September seine grundsätzliche Zustimmung zu diesem Papier erteilen. Am 17. September muss mit der Satzherstellung begonnen werden, damit die Broschüre Anfang Oktober - unmittelbar nach Abschluss der parlamentarischen Beratungen - für die Drucklegung bereit sein wird.

Auch wenn die formelle Verabschiedung durch den Bundesrat erst für den 21. September vorgesehen ist, bitten wir Sie, die Meinungsbildung so weit als möglich schon am 16. September abzuschliessen und Ihr grundsätzliches Einverständnis zu geben.

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI

Der Bundeskanzler

François Couchepin

ENTWURF VOM 14.9.92

Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992

Erläuterungen des Bundesrates

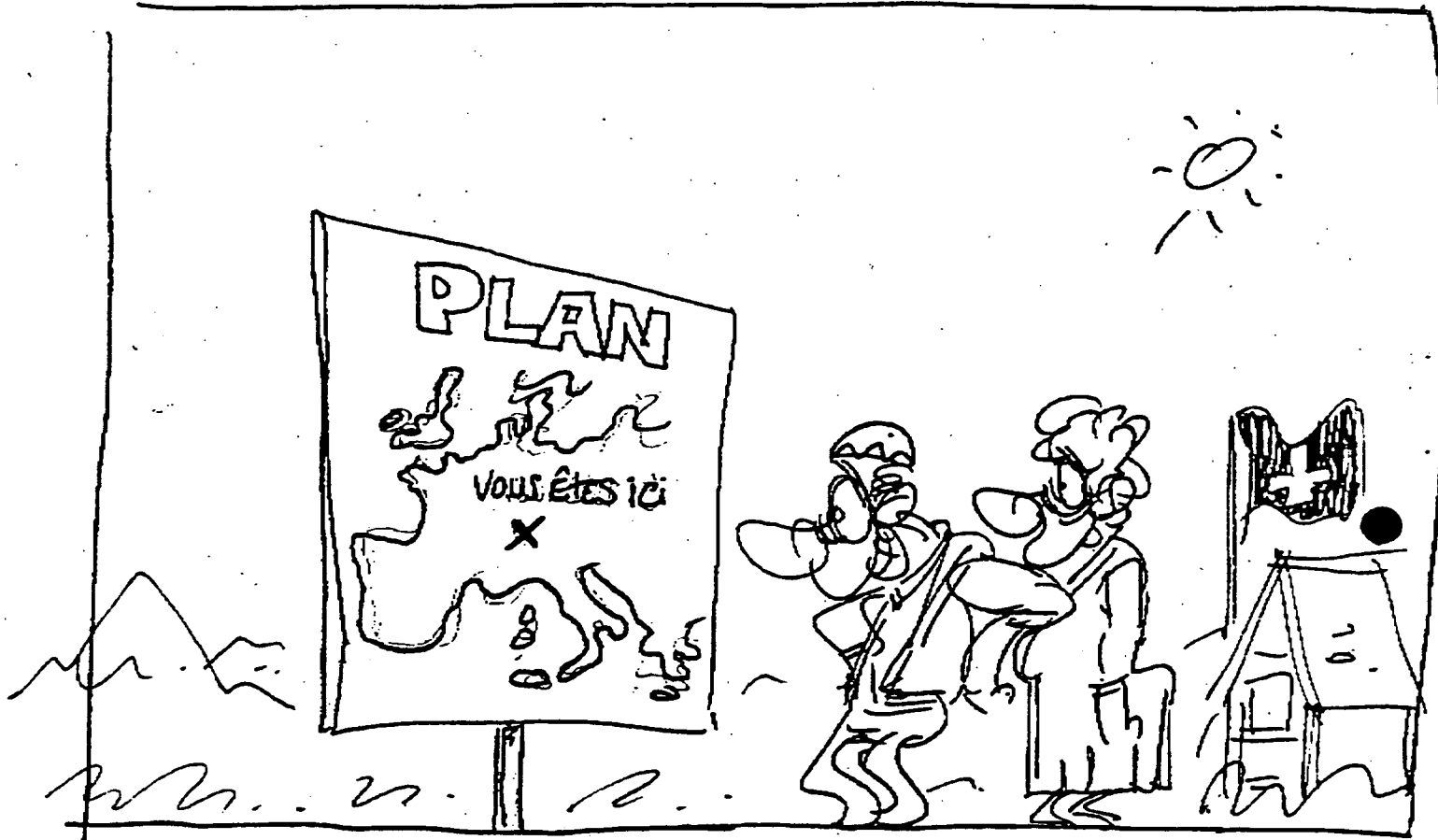
Worum geht es?

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)

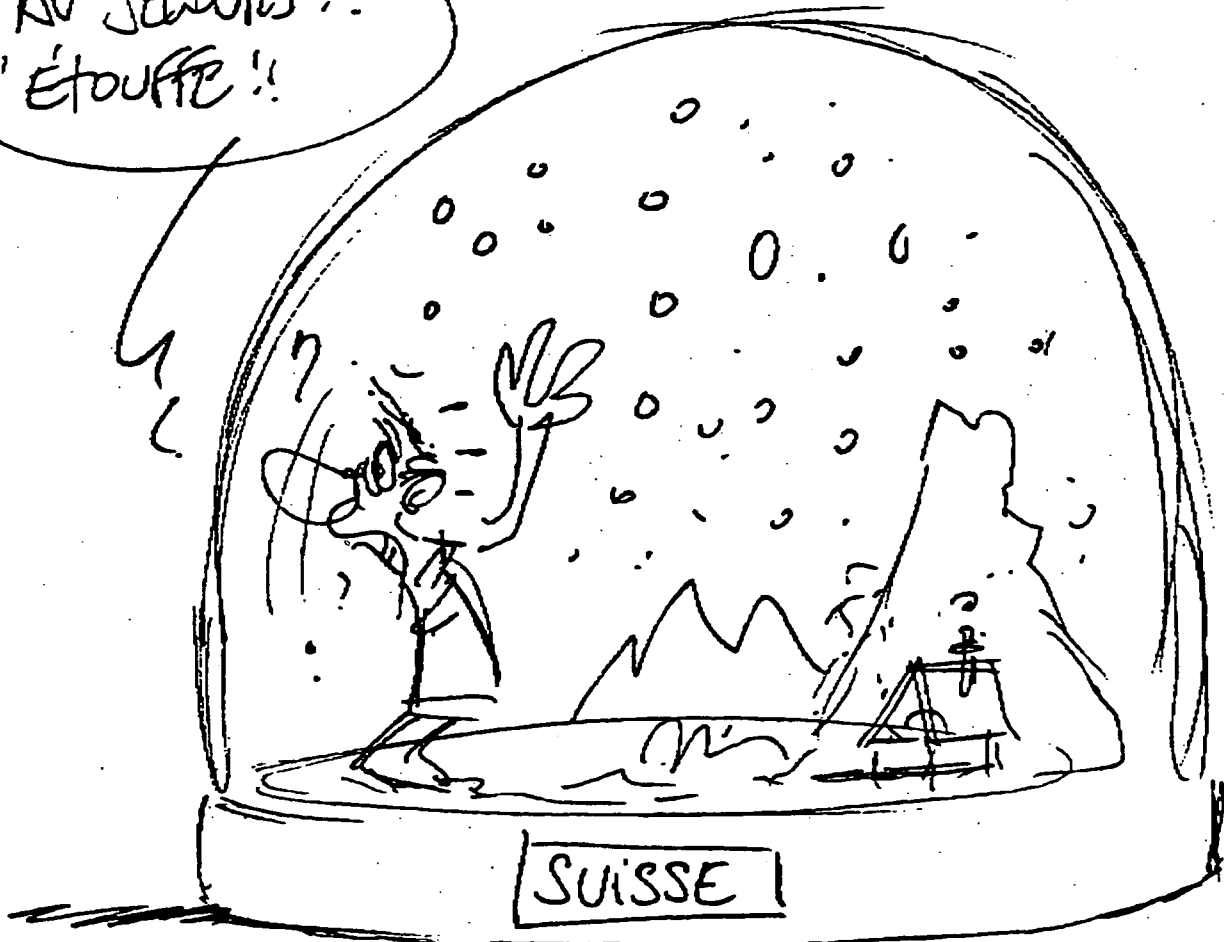
Mit dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) eröffnet sich für die Schweiz die Möglichkeit, ab 1. Januar 1993 am europäischen Binnenmarkt teilzunehmen. Der für unser Land so wichtige freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen wird damit zwischen der Schweiz und den andern 18 EWR-Ländern in ähnlicher Weise gewährleistet sein wie zwischen den EG-Mitgliedstaaten. Bundesrat und Parlament wollen mit der Beteiligung am EWR unsere wirtschaftliche Zukunft und unseren Wohlstand sichern sowie eine Isolation der Schweiz in Europa verhindern.

- | | |
|-----------|---|
| S. 3: | Das Wichtigste in Kürze |
| S. 4: | Bundesbeschluss über den EWR |
| S. 5-7: | Was ist der EWR? |
| S. 8-11: | Stellungnahme des Bundesrates |
| S. 12-15: | Meinungen dafür und dagegen |
| S. 16-19: | Harmonisierung der Gesetze
(Eurolex) |
| S. 20-63: | EWR-Abkommen im Wortlaut |

Provisoirement Entung von Parvigue.



AV SECOURS !!
J'ÉTOUFFE !!



Das Wichtigste in Kürze

Europa ist eine Realität

Ab 1993 entsteht eine neue europäische Realität: Die sieben Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und die zwölf Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften (EG) wollen den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) verwirklichen. Die Länder der EFTA erhalten somit Zugang zum Binnenmarkt der EG.

Wir sind Europäer

Unser Denken und Handeln, unsere Wertvorstellungen und unsere Mentalität sind zutiefst geprägt von der engen geographischen und geschichtlichen Verankerung unseres Landes in der europäischen Welt. Mit ihr teilen wir unsere Sprachen, unsere Kulturen und unsere demokratischen Werte. Seit jeher war diese gegenseitige Verflechtung Resultat enger und erfolgreicher Beziehungen. Das Abkommen über den EWR sichert und fördert die wirtschaftlichen Grundlagen dieser Beziehungen.

Ein gemeinsamer Markt

Im EWR erhalten 380 Millionen Personen Zugang zu einem gemeinsamen Markt. Sie können zu gleichen Bedingungen überall in diesem Raum Waren handeln, Dienstleistungen erbringen, Investitionen tätigen und sich niederlassen. Die Zusammenarbeit der Staaten des EWR wird in vielen Bereichen vertieft: Forschung, Entwicklung, Information, Ausbildung, Unternehmensförderung und Tourismus. Die Konsumenten werden besser geschützt, die soziale Sicherheit erhöht, die Gleichstellung von Mann und Frau gefördert, der Umweltschutz gemeinsam vorangetrieben.

Befürchtungen und Einwände

Gegen die Öffnung der Schweiz zum EWR wehren sich mehrere Gruppierungen unterschiedlicher politischer Herkunft. Sie befürchten einen Souveränitätsverlust unseres Landes, wirtschaftliche Probleme, institutionelle Mängel des EWR-Abkommens, hohe Kosten und die Vorwegnahme eines späteren EG-Beitritts.

Ueberlegungen von Bundesrat und Parlament

Die Schweiz darf sich in Europa nicht isolieren. Sie kann ihre wirtschaftlichen Interessen und ihren Wohlstand nur wirksam schützen, wenn sie aktiv mitmacht und nicht im Abseits steht. Der EWR ist der Weg dazu. Bilaterale Abkommen, wie wir sie bisher erreicht haben, wären in Zukunft viel schwieriger auszuhandeln, weil wir dem EWR allein gegenüberstünden.

Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum

vom 2. Oktober 1992

I

Art. 1

Das Abkommen vom 2. Mai 1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen), die Abkommen zwischen den EFTA-Staaten vom 2. Mai 1992 über die Errichtung einer EFTA-Ueberwachungsbehörde und eines Gerichtshofes sowie eines Ständigen Ausschusses der EFTA-Staaten und das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten vom 20. Mai 1992 über einen parlamentarischen Ausschuss der EFTA-Staaten werden genehmigt.

Art. 2

Der Bundesrat wird ermächtigt, diese Abkommen zu ratifizieren.

II

Die Uebergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 20 (neu)

1 Die von der Bundesversammlung beschlossenen und auf das Inkrafttreten des EWR-Abkommen notwendigen Aenderungen des Bundesrechts treten zusammen mit dem Abkommen in Kraft.

2 Wird gegen einen Erlass das Referendum ergriffen und wird dieser in der Volksabstimmung abgelehnt, so tritt er unverzüglich ausser Kraft.

3 Für die übrigen Aenderungen des Bundesrechts im Zusammenhang mit dem EWR-Abkommen gilt das ordentliche Gesetzgebungsverfahren gemäss Artikel 89ff.

4. Der Vorrang des Völkerrechts bleibt für alle rechtsetzenden und rechtsanwendenden Organe vorbehalten.

Art. 21 (neu)

Der Bund wahrt bei der Durchführung und Weiterentwicklung des EWR-Abkommens sowie bei Fragen der europäischen Integration die Interessen der Kantone. Er informiert die Kantone rechtzeitig und umfassend, hört sie an und zieht sie bei der Vorbereitung von Entscheiden bei, soweit sie betroffen sind.

III

Dieser Beschluss untersteht der Abstimmung des Volkes und der Stände.

Was ist der EWR?

Ein europäischer Markt

Am 2. Mai 1992 haben 19 Länder - darunter die Schweiz - beschlossen, einen gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu schaffen. Im EWR stehen sich ab 1. Januar 1993 die sieben Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und die zwölf Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft (EG) wirtschaftlich als gleichberechtigte Partner gegenüber. Beteiligt am EWR-Abkommen sind:

- Auf der Seite der EFTA: Finnland, Fürstentum Liechtenstein, Island, Norwegen, Oesterreich, Schweden und die Schweiz;
- Auf der Seite der EG: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Holland, Irland, Italien, Luxemburg, Portugal und Spanien sowie die EG selbst.

Kern des Abkommens

Wichtigster Grundsatz im EWR ist das Verbot der Diskriminierung anderer Staatsangehöriger. Unterschiedliche nationale Vorschriften sind weiterhin möglich, aber sie müssen gegenüber allen EWR-Bürgerinnen und Bürgern gleichermassen gelten. Voraussetzung für die Verwirklichung der "Nicht-Diskriminierung" sind die vier Freiheiten:

1. Freier Warenverkehr

Bereits 1972 wurden mit dem Freihandelsabkommen Zollschränken abgebaut. Es gibt aber noch Handelshemmnisse: Im EWR geht es zusätzlich um den verbesserten Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen und um den Abbau von technischen Vorschriften und Normen. Dank harmonisierten technischen Vorschriften werden kostspielige Doppelprüfungen wegfallen und Kosten gesenkt. Ebenfalls kostensenkend wirken sich Vereinfachungen beim Grenzübertritt und neue Ursprungsregeln aus.

Die Landwirtschaft ist im EWR-Abkommen ausgeklammert. Die Schweiz kann weiterhin ihre eigene Landwirtschaftspolitik betreiben. Bei Käse, Topfpflanzen und Schnittblumen sowie bei 23 südländischen Produkten (Früchte, Nüsse, Säfte etc.) gibt es Zollvereinfachungen. Dagegen werden die schweizerischen Landwirtschaftsprodukte im EWR einen grösseren Absatzmarkt finden.

EWR-Institutionen: Veto und Schutzklausel als Sicherheitsinstrumente

Wie funktioniert der EWR?

Die wichtigste Instanz für alles, was das EWR-Abkommen umfasst, ist der EWR-Rat. Er setzt sich aus je einem Regierungsmitglied der EWR-Vertragsparteien zusammen. Er definiert die politischen Leitlinien und trifft die politischen Entscheide. Für die Umsetzung und das gute Funktionieren des Abkommens ist der Gemeinsame EWR-Ausschuss verantwortlich, dem hohe Beamte angehören. Er ist Konsultations-, Informations- und Verwaltungsorgan. Die Vertragsparteien sind in diesen beiden Gremien mit je einem Sitz vertreten.

Weiterentwicklung des EWR-Rechts

Das EWR-Abkommen regelt viele Bereiche, muss aber auch offen bleiben, damit Anpassungen an neue Gegebenheiten möglich sind. Bei der Uebernahme von neuem EWR-Recht sprechen die EFTA-Staaten mit einer Stimme. Die Suche nach dem Konsens ist im EWR ein wesentliches Element. Sollte es einmal Differenzen geben, kann jeder EFTA-Staat eine Entscheidung verhindern. Die Konsequenzen eines solchen Vetos werden im EWR-Ausschuss behandelt.

Führen die EWR-Verpflichtungen in einem EFTA-Land zu Problemen, so gibt es im EWR-Abkommen als Sicherheitsinstrument eine sogenannte Schutzklausel. Danach kann jeder EFTA-Staat bei grossen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder ökologischen Schwierigkeiten von den gemeinsamen EWR-Bestimmungen abweichen, bis sich die Situation wieder normalisiert hat. Die Gegenparteien können in diesem Fall allerdings angemessene Ausgleichsmassnahmen treffen. In einer Erklärung hat die Schweiz deutlich gemacht, dass eine unerwartet hohe Zuwanderung von Ausländern und eine übergrosse Nachfrage aus dem Ausland nach Immobilien mögliche Gründe für eine Anrufung der Schutzklausel sein könnten.

Keine fremden Richter

Im EWR gibt es keine fremden Richter. Konflikte zwischen Vertragsparteien werden auf dem Verhandlungsweg oder durch ein Schiedsgericht beigelegt. Die nationalen Gerichte, ein Gericht der EFTA-Staaten und das Gericht der EG schützen die privaten Interessen.

Das EWR-Abkommen kann durch jedes Mitglied innert Jahresfrist gekündigt werden.

2. Freier Personenverkehr

Die Freizügigkeit im Personenverkehr ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern der EWR-Länder den ungehinderten Zugang zum gesamten EWR. Sie haben das Recht, überall im EWR zu wohnen, zu arbeiten und sich weiterzubilden, was besonders für die Jugend wichtig ist. Die Freizügigkeit spielt eine massgebliche Rolle für das vom EWR erwartete Wirtschaftswachstum, weil fehlende Fachkräfte rekrutiert werden können. Die Freiheit hat allerdings Grenzen: In der Schweiz arbeiten kann nur, wer einen Arbeitsvertrag hat. Mit einer starken Zuwanderung ist nicht zu rechnen. Auch kommen die Bestimmungen erst nach fünf Jahren voll zum Tragen, und die Schweiz könnte bei Bedarf eine Schutzklausel anwenden.

3. Freier Dienstleistungsverkehr

Die Freiheit im Dienstleistungsbereich ist neu. Bisher war dieser immer wichtiger werdende Bereich von internationalen Verträgen kaum abgedeckt. Im EWR wird es Dienstleistungsunternehmen wie EDV-Firmen, Versicherungen, Banken, Fluggesellschaften und Transportgeschäften möglich sein, von einem EWR-Land aus in allen 19 Ländern tätig zu sein. Dies ist besonders wichtig für die Schweiz, da ihre Wirtschaft zu einem grossen Teil von Dienstleistungen lebt.

4. Freier Kapitalverkehr

Im Bereich des Kapitalverkehrs kennt die Schweiz bereits eine liberale Praxis. Eine Ausnahme bildet die Einschränkung beim Kauf von schweizerischen Immobilien durch Personen aus dem Ausland (Lex Friedrich). Diese Bestimmung muss angepasst werden. Die Schweiz hat jedoch eine Uebergangsfrist von fünf Jahren ausgehandelt. Bodenrechtliche und zonenplanerische Massnahmen bieten in Zukunft genügend Möglichkeiten, den Immobilienmarkt zu regulieren. Ausserdem kann die Schweiz auch hier die Schutzklausel anwenden.

Sozialpolitik, Konsumenten- und Umweltschutz

Das EWR-Abkommen bringt nicht nur diese vier Freiheiten, sondern es regelt und fördert auch die Zusammenarbeit in der Forschung und im Bildungswesen. In den Bereichen Konsumenten- und Umweltschutz sowie in der Sozialpolitik werden neue Regelungen erlassen, damit unsere Entwicklung derjenigen im übrigen Europa angepasst werden kann. Bei der Sozialpolitik gibt es etliche Verbesserungen. Im Umweltschutz kann die Schweiz ihr Schutzniveau beibehalten und allein oder gemeinsam mit den EWR-Partnern weiter ausbauen.

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat ist überzeugt, dass der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) für die Schweiz von vitalem Interesse ist. Die Teilnahme am EWR verhindert eine Isolation der Schweiz in Europa, öffnet unserer Wirtschaft neue Märkte und sichert so unseren Wohlstand. Insbesondere sind für den Bundesrat folgende Gründe massgebend:

Ein Abkommen von grosser Tragweite

Das EWR-Abkommen errichtet mit dem gemeinsamen Wirtschaftsraum für 19 Länder einen wesentlichen Teil der künftigen Architektur Europas. Vom Entscheid der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wird es abhängen, welche Rolle die Schweiz in den kommenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Entwicklungen in Europa spielen kann.

Das Zusammenleben im EWR wird die Bürgerinnen und Bürger der EWR-Staaten einander näher bringen. Ideen, Werte und Mentalitäten werden sich gegenüberstehen und gegenseitiges Verstehen fördern. Damit festigt der EWR die gemeinsame Grundlage für Frieden und Wohlstand.

Vorteile für unsere Wirtschaft

Die schweizerische Wirtschaft ist seit jeher stark auslandorientiert. Europa ist für sie lebenswichtig. Denken wir nur daran, dass in die EWR-Länder zwei Drittel unserer Exporte gehen und aus ihnen 75 Prozent unserer Importe stammen. Der EWR bietet die Sicherheit, dass der Zugang unserer Wirtschaft zu den europäischen Märkten offen bleibt und die Wirtschaft sich weiterentwickeln kann. Experten rechnen in den nächsten zehn Jahren mit einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum von vier bis sechs Prozent, falls die Schweiz am EWR teilnimmt. Dies trägt auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei.

Der EWR bringt auch im Bereich des öffentlichen Auftragswesens einen einheitlichen, offenen Markt. Das bedeutet mehr Konkurrenz und schafft für Schweizer Firmen in ganz Europa grosse Chancen: Die Schweiz öffnet damit ein Marktvolumen von zirka 30 Milliarden Franken und erhält Zugang zu den öffentlichen Märkten des EWR im Umfang von zirka 800 Milliarden Franken.

EWR heisst nicht EG-Beitritt

EWR und EG sind nicht das gleiche. Die Abstimmung vom 6. Dezember entscheidet nur über den EWR-Vertrag; ein Ja zum EWR führt nicht automatisch in die EG. Der Bundesrat hat zwar ein Gesuch um Verhandlungen über den Beitritt der Schweiz zur EG gestellt. Zunächst müssen aber mit der EG die Bedingungen eines allfälligen EG-Beitritts ausgehandelt werden, was einige Jahre dauern dürfte. Erst danach werden Bundesrat, Parlament und schliesslich das Schweizervolk dazu Stellung nehmen. Die Fragen EWR und EG sind also getrennt zu behandeln.

Bewegungsfreiheit in ganz Europa

Der EWR bietet Schweizerinnen und Schweizern Gewähr, dass sie im europäischen Ausland arbeiten, leben und sich weiterbilden können, was vor allem für die Zukunft unserer Jugend von Bedeutung ist. Auch die Schweiz öffnet sich grundsätzlich den Angehörigen aus den EWR-Staaten. Nur wer einen Arbeitsvertrag oder ein genügendes Auskommen hat, erhält allerdings eine Niederlassungsbewilligung. Diese Bestimmungen treten erst nach einer fünfjährigen Uebergangsfrist in Kraft. Aufgrund einer Schutzklausel kann die Schweiz gegebenenfalls vom EWR-Recht abweichen. Eine grössere Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem EWR-Raum ist nach Meinung von Experten nicht zu befürchten. Erfahrungen innerhalb der EG haben dies ebenfalls gezeigt.

Der EWR ist sozial und frauenfreundlich

In der Sozialpolitik bringt das Abkommen über den EWR etliche Verbesserungen. Dazu gehören zum Beispiel Bestimmungen über die Sicherheit am Arbeitsplatz (Bildschirmarbeit) und das Recht der Arbeitnehmer, bei Zusammenschlüssen von Unternehmen oder bei Massenentlassungen rechtzeitig informiert zu werden. Auch für die Gleichstellung von Mann und Frau werden Neuerungen gesetzlich verankert, so die Gleichstellung der Geschlechter in allen Aspekten des Arbeitslebens, ein Kündigungsschutz für die auf Lohngleichheit klagende Frau und die Beibehaltung der unabhängigen Altersvorsorge auch für verheiratete Frauen. Zudem werden die Krankenkassen- und Unfallversicherungsprämien in Zukunft für beide Geschlechter gleich hoch sein.

Im Interesse der Konsumenten

Die Freiheit der Märkte in Europa erhöht den Wettbewerb. Dadurch ist eine Senkung der Konsumentenpreise zu erwarten. Interessant für die Konsumenten ist auch das in Zukunft breitere Angebot bei Waren und Dienstleistungen. Mit dem EWR-Abkommen wird zudem der Konsumentenschutz verbessert: Durch die neu eingeführte Produkthaftpflicht wird der Konsument vor Schäden geschützt, die bei der Benützung eines Produktes entstehen.

Volksrechte bleiben erhalten

Unsere Volksrechte, insbesondere die direkte Demokratie, werden durch den EWR grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Weiterhin kann gegen Bundesgesetze das Referendum ergriffen und eine Abstimmung verlangt werden. Auch Volksinitiativen bleiben möglich. Allerdings verpflichten wir uns, gewisse gesetzliche Normen des EWR anzuwenden. Sollten künftige Volksentscheide den EWR-Bestimmungen widersprechen, könnte dies Konsequenzen haben: Wir hätten im Falle einer Nichtanwendung von geltendem EWR-Recht schlimmstenfalls wirtschaftliche Gegenmassnahmen zu gewärtigen.

Auch künftige Gesetzesänderungen aufgrund von EWR-Erlassen müssen in der Schweiz genehmigt werden. Unsere demokratischen und föderalistischen Mitwirkungsrechte bleiben also wirksam. Mit dem EWR-Abkommen muss die Schweiz auch in der Rechtsetzung keine Zuständigkeiten an die EWR-Instanzen abtreten; sie kann gegen unliebsame EWR-Erlasse ein Veto einlegen, wobei auch hier höchstens wirtschaftliche Gegenmassnahmen möglich wären.

Harmonisierung und wichtige Neuerungen durch Eurolex

Der grosse Teil unserer Gesetzgebung braucht nicht geändert zu werden. Dies erstaunt wenig, befinden wir uns doch politisch und gesellschaftlich mit unseren Nachbarstaaten im Einklang. 61 Gesetze werden aber geändert und neun Erlasse neu geschaffen. Diese Bestimmungen bezeichnet man als "Eurolex". Sie bringen auch mehrere wünschbare Reformen. Das Parlament hat sie gutgeheissen, so dass sie am 1.1.1993 zusammen mit dem EWR in Kraft treten können. Falls gegen das eine oder andere Gesetz das Referendum ergriffen wird, muss es nachträglich zur Abstimmung gebracht werden.

Föderalismus lebt weiter

Die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wird vom EWR-Abkommen nicht berührt. Der EWR betrifft im wesentlichen Bundesrecht. So wie es unserem föderalistischen Demokratieverständnis entspricht, werden die Kantone und die Gemeinden selbst für die Anpassungen ihrer Rechtsordnungen verantwortlich sein. Die Kantone haben insbesondere die Bereiche des öffentlichen Auftragswesens und der Anerkennung von Berufsdiplomen neu zu regeln. Sie erhalten im Zusammenhang mit Fragen der europäischen Entwicklung Informations-, Anhörungs- und Mitwirkungsrechte.

Heikle Bereiche ausgeklammert

Der EWR ist ein umfassendes wirtschaftliches Abkommen. Ausgeklammert sind aber verschiedene für unser Land wichtige Fragen, so zum Beispiel die Landwirtschaftspolitik, die Steuern und die Währungspolitik. In all diesen Gebieten bleibt die Schweiz autonom. Da es sich beim EWR um ein Wirtschaftsabkommen handelt, ist die allgemeine Politik, das heisst auch unsere Neutralität, nicht betroffen.

Finanziell langfristig vorteilhaft

Das EWR-Abkommen wirkt sich während der ersten fünf Jahre auf das Bundesbudget mit jährlichen Kosten von zirka 330 bis 350 Millionen Franken aus; das entspricht weniger als einem Prozent des Bundesbudgets. Darin enthalten sind als grösste Beträge 100 Mio. Franken für die Teilnahme der Schweiz an europäischen Forschungs- und Entwicklungsprogrammen sowie 62 Mio. Franken für einen Ausgleichsfonds zugunsten ärmerer EWR-Länder. Diese Kosten dürften mehr als

kompensiert werden, denn im Bereich der öffentlichen Aufträge ist mit Einsparungen zu rechnen, und aus der Warenumsatzsteuer und der direkten Bundessteuer werden infolge des höheren Wirtschaftswachstums im EWR Mehreinnahmen erwartet. Die Kosten werden ab 1998 sinken. Die positiven Auswirkungen des EWR werden danach nicht nur die Kosten der EWR-Beteiligung wettmachen, sondern auch Zusatzeinnahmen bewirken.

Keine realistische Alternative zum EWR

Zum EWR gibt es keine realistische Alternative. Der Alleingang wäre der Weg der Isolation mit all seinen Nachteilen. Punktuelle Zusammenarbeit und bilaterale Verträge mit der EG waren bisher möglich. Mit der Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes genügen diese Mittel der Zusammenarbeit nicht mehr; wir würden bei bilateralen Verhandlungen mit schlechteren Karten dastehen. Ein Abseitsstehen der Schweiz wäre auch mit politischen Folgen verbunden. Der Schweiz würde Mangel an Solidarität vorgeworfen; wir hätten immer weniger Einfluss auf die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Europa, denen wir passiv ausgesetzt wären.

Aus all diesen Gründen empfehlen der Bundesrat und die grosse Mehrheit des Parlaments, Ja zum EWR zu stimmen.

Argumente für und gegen den EWR-Vertrag

Das Parlament hat dem EWR-Vertrag am 2. Oktober 1992 mit deutlicher Mehrheit zugestimmt (Nationalrat x:y, Ständerat x:y Stimmen).

Hier die wichtigsten Argumente bei den parlamentarischen Beratungen für oder gegen den EWR-Vertrag.

Minderheit des Parlamentes **dagegen:**

Bundesrat und Mehrheit des Parlamentes **dafür:**

Wirtschaftlich isolierte Schweiz?

EWR-Gegner:

Die Schweizer Wirtschaft ist gesund und stark genug, um sich auch ausserhalb des EWR zu behaupten. Wir müssen nur an unsere eigenen Stärken glauben. Wenn wir den EWR ablehnen, besteht weiterhin die Möglichkeit, eine gute und eigenständige Wirtschaftspolitik zu betreiben. Tun wir das, wird es den Schweizerinnen und Schweizern wirtschaftlich besser gehen. Dies war auch bisher so. Innerhalb des EWR verschlechtern sich aber die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft. Zudem ist ein Alleingang nicht gleichzusetzen mit einem Abseitsstehen. Er beinhaltet durchaus eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Staaten.

EWR-Befürworter:

Seit Jahrzehnten ist die Schweizer Wirtschaft eng mit den EG-Ländern verbunden. Sie hat vom Handel mit den EG-Ländern in erheblichem Masse profitiert. Ab Januar 1993 verändert sich der europäische Markt wesentlich. EG- und EFTA-Länder realisieren mit dem EWR den Binnenmarkt. Wenn die Schweiz nicht mitmacht, hat sie nicht mehr die gleichen Chancen auf dem europäischen Markt wie heute. Ein Abseitsstehen vom Binnenmarkt bringt schwerwiegende Benachteiligungen und Arbeitsplatzverluste für unsere exportorientierte Wirtschaft. So würde z.B. der Verkauf von Schweizer Waren in Europa durch unterschiedliche Zulassungsbestimmungen behindert.

Politisch isolierte Schweiz?

EWR-Gegner:

Der EWR ist lediglich ein Uebergangsvertrag. Er ist ein erster Schritt Richtung EG-Beitritt. Auch wenn über den EWR und den EG-Beitritt in zwei verschiedenen Abstimmungen entschieden wird, ist ein enger Zusammenhang gegeben, wie bereits der Bundesrat feststellte. Die Schweiz verliert ihre Unabhängigkeit weniger im EWR, aber später bei einem EG-Beitritt. Sie gibt einen Teil ihrer heutigen Freiheiten auf, wenn sie der EG beitrifft. Das Demokratiedefizit in der EG ist gross. Es wird nicht kleiner, auch wenn wir dort mitmachen. Stark bleibt die Schweiz nur, wenn sie selbstständig und unabhängig bleibt.

EWR-Befürworter:

Das Europa von 1993 ist nicht das Europa von früher. Die gegenseitigen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten werden sich weiterentwickeln. Viele Probleme lassen sich oft nicht mehr rein schweizerisch lösen. Die Schweiz kann es sich nicht leisten, freiwillig zum Aussenseiter in Europa zu werden, denn alle anderen Länder West-Europas machen im EWR mit.

Mit einem Ja zum EWR sagt man noch lange nicht Ja zu einem EG-Beitritt. Am 6. Dezember geht es nur um den EWR. Erst später - nach Abschluss der Verhandlungen - wird über einen eventuellen EG-Beitritt abgestimmt.

Direktdemokratie, Föderalismus

EWR-Gegner:

Unsere Volksrechte werden mit dem EWR-Abkommen stark eingeschränkt. Das EWR-Recht geht schweizerischem Landesrecht vor und kann von der Schweiz nicht einseitig geändert werden. Dies schränkt das Referendums- und das Initiativrecht stark ein. Eidgenössische Initiativen, die dem EWR-Recht widersprechen, müssen für ungültig erklärt werden. Die Kantone müssen ihre Rechtsordnung anpassen, wo sie dem EWR-Recht widerspricht.

EWR-Befürworter:

Durch das EWR-Abkommen wird unsere verfassungsmässige und demokratische Ordnung nicht in Frage gestellt. Der EWR hat praktisch keine Auswirkungen auf unsere Direktdemokratie, denn nur ein kleiner Teil der bisherigen Initiativen und Referenden hätten zu Problemen geführt, weil sie mit den EWR-Bestimmungen nicht zu vereinbaren gewesen wären. Es handelt sich im übrigen um Vorstösse, die in der Vergangenheit stets abgelehnt wurden. Die direkt-demokratischen Rechte werden auch bei Kantonen und Gemeinden nicht tangiert.

Institutionen des EWR

EWR-Gegner:

Der Werdegang der Eidgenossenschaft seit 1291 ist aufs engste mit der Ablehnung fremder Richter auf schweizerischem Gebiet verknüpft. Der EWR-Vertrag trägt dem nicht mehr genügend Rechnung. Im EWR können neu alle Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts betreffend die vier EWR-Freiheiten an EWR-Instanzen weitergezogen werden. Damit haben nicht mehr Schweizer, sondern ausländische Richter das letzte Wort. Vor allem im institutionellen Bereich ist der EWR-Vertrag eines freies Landes unwürdig.

Befürworter:

Im EWR gibt es weder für die Schweiz als Land noch für Schweizerinnen und Schweizer fremde Richter. Es gibt auch keine EWR-Rechtssprechung, sondern die EG und die Gerichte der einzelnen EFTA-Staaten fällen Urteile. Ueber das EWR-Recht befinden also in erster Linie Schweizer Gerichte. Verstösst die Schweiz als Land gegen eine Verpflichtung im EWR, so behandelt das EFTA-Gericht den Fall, wo wir einen Schweizer Richter haben. Einzig in Fällen zum Wettbewerbsrecht können Schweizer Unternehmen neben dem EFTA-Gericht auch vom Europäischen Gerichtshof belangt werden, aber das ist auch heute schon so.

Freizügigkeit im Personenverkehr

EWR-Gegner:

Die Freizügigkeit im Personenverkehr gibt jedem EWR-Bürger und jeder EWR-Bürgerin das Recht, sich im EWR-Raum niederzulassen und Arbeit anzunehmen. Die Schweiz wird als Einwanderungsland noch attraktiver. Die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung wird stark ansteigen. Die EWR-Freizügigkeiten ermöglichen auch den freien Erwerb von Wohneigentum, Liegenschaften und Firmen durch Ausländer. Die ausländische Nachfrage nach Schweizer Grundstücken und Boden ist gross. Wenn die bisherigen gesetzlichen Schranken wegfallen, führt dies zum Ausverkauf der Heimat.

EWR-Befürworter:

Die Befürchtungen, dass der EWR eine Masseneinwanderung bringt, sind unbegründet. Die Freizügigkeit gilt nicht für Arbeitslose. Sie gilt nur für EWR-Bürger, die einen Arbeitsvertrag haben. Innerhalb der EG besteht die Freizügigkeit schon lange. Masseneinwanderungen, z.B. aus den südlichen EG-Ländern, hat es aber nirgends gegeben. Ausserdem bleiben die Grenzkontrollen bestehen. Zudem kann die Schweiz jederzeit die Schutzklausel des EWR anrufen.

Die Freizügigkeit im Personenverkehr ist eine Chance für Schweizerinnen und Schweizer, sich im Ausland niederzulassen. Lehrlinge und Studenten erhalten dadurch Ausbildungsmöglichkeiten im Ausland.

Löhne, Arbeitslosigkeit

EWR-Gegner:

Ein EWR-Beitritt hat tiefere Löhne und höhere Arbeitslosigkeit zur Folge. Praktisch alle Länder der EG haben Millionen Arbeitslose. Wenn die Grenzen wegfallen, wird ein Teil dieser Arbeitslosen in der Schweiz Arbeit suchen und die Schweizer Arbeitnehmer konkurrenzieren. Die Folge ist höhere Arbeitslosigkeit auch bei uns. Zudem werden auch die Löhne sinken, denn wenn mehr Leute mit tieferen Löhnen in der Schweiz arbeiten, sinkt das Lohnniveau auch für die Schweizerinnen und Schweizer.

EWR-Befürworter:

Wie bereits erwähnt, sind keine grösseren Zuwanderungen von Fremdarbeitern in unser Land zu befürchten. Wir haben schon lange Arbeitnehmer, die aus Ländern mit tieferen Löhnen bei uns arbeiten, dennoch sind die Löhne bei uns hoch. Auch innerhalb der EG bestehen trotz Freizügigkeit unterschiedliche Lohnniveaus. Mit dem EWR erhalten unsere Unternehmen bessere Chancen, vom Europa-Markt zu profitieren, was das Lohnniveau langfristig erhöht und die Arbeitsplätze in der Schweiz sichert.

Mieten, Hypothekarzinsen

EWR-Gegner:

Je mehr sich die Schweiz der EG annähert, desto mehr wird sich das schweizerische Zinsniveau dem europäischen Hochzinsniveau angleichen. Die Folgen höherer Hypothekarzinsen sind teurere Mieten. Dazu kommt die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften. Wenn mehr Leute aus dem Ausland aus Arbeitsgründen in die Schweiz kommen, braucht es mehr Wohnungen. Dies führt zu einer Verknappung auf dem Wohnungsmarkt und zu höheren Mietzinsen.

EWR-Befürworter:

Der EWR berührt den Bereich der Zinsen nicht. Die Nationalbank behält ihre Autonomie in der Währungspolitik. Eine gewisse Angleichung der Hypothekarzinsen auf internationaler Ebene ist heute schon spürbar, hat aber nichts mit dem EWR zu tun, wie wir in den letzten Jahren gesehen haben. Die Befürchtung von ausländischer Zuwanderung ist - wie bereits dargelegt - unbegründet. Gerade auch die hohen Wohnkosten der Schweiz halten Zuwanderer ab.

Konsumenten

EWR-Gegner:

Der harte internationale Konkurrenzkampf hat einen Preisdruck zur Folge. Dies führt unweigerlich zu vermehrter Massenware. Die Schweiz kann diese Entwicklung auch nicht mit schärferen Qualitäts- oder Umweltvorschriften aufhalten, denn strenge Vorschriften, wie sie die Schweiz heute kennt, z.B. hinsichtlich dem Abfall, PVC-Verwendung oder für die Begrenzung von Zusatzstoffen in Lebensmitteln, können im EWR nicht mehr für ein Land allein festgelegt werden.

EWR-Befürworter:

Die Konsumentenrechte sind in der EG besser verankert als in der Schweiz. Die Stellung der Konsumenten wird im EWR verstärkt, z.B. durch eine verbesserte Produkthaftpflicht. Zudem sollen Erleichterungen im Importbereich zu einer Senkung der Preise für gewisse Produkte wie Autos, Möbel oder elektronische Apparate führen. Die Preise für Lebensmittel werden dagegen nicht sinken, weil die Landwirtschaft nicht vom EWR tangiert ist.

Landwirtschaft

EWR-Gegner:

Das EWR-Abkommen klammert zwar den Agrarsektor zunächst aus, bringt aber einen erleichterten Marktzugang von süd-europäischen Agrarprodukten. Er sieht zudem einen weitergehenden Import von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vor, was unserer Bauernschaft schadet. In der EG sind die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe bereits verschwunden oder im Schwinden begriffen. Mit einer Annäherung an Europa ist somit auch in der Schweiz ein Kleinbauernsterben zu erwarten.

EWR-Befürworter:

Seule une économie prospère peut garantir l'avenir de notre agriculture. L'EEE nous ouvre la porte à cette prospérité. L'Accord EEE ne concerne pas l'agriculture, sauf pour quelques produits en provenance des pays du Sud de la CE, tels que les olives, les oranges, etc. En revanche, les paysans suisses pourront tirer profit des possibilités accrues d'exportation, et de la baisse des prix à l'importation, par exemple sur les machines agricoles.

Umweltschutz

EWR-Gegner:

Mit dem vom EWR angestrebten Wirtschaftswachstum wird die Belastung der Umwelt mit Schadstoffen steigen: Die Warentransporte auf der Strasse sowie die Luftschadstoff-Emissionen werden massiv zunehmen, der Trend zum Massentourismus wird sich verstärken, die Abfallproblematik wird sich zuspitzen. Die Schweiz gehört als Transit- und Tourismusland zu jenen Ballungsräumen, in denen sich diese Probleme bei einer Annahme des EWR-Abkommens stark auswirken würden.

Daneben hat die Vorschrift der Einstimmigkeit im Ministerrat zur Folge, dass sich die EG auch im Umweltschutzbereich stets dem rückständigsten Land anpassen muss. Dies alles bremst einzelne Länder wie die Schweiz, die in ihrer Vorreiterrolle im Umweltschutz weiter fortschreiten wollen.

EWR-Befürworter:

Da Umweltschutz eine globale und gesamteuropäische Aufgabe ist, muss sie gemeinsam angegangen werden; ein Alleingang bringt hier wenig. Die EG-Behörden wollen die Ökologiepolitik in Zukunft verstärkt angehen. Diese Haltung kommt auch im EWR-Abkommen ganz klar zum Ausdruck. Insgesamt bringt es dem Umweltschutz sicher mehr, wenn sich die Schweiz im EWR für schärfere Umwelt-normen einsetzt, als wenn sie den Alleingang anstrebt.

Auch mit dem EWR-Abkommen können verstärkte Schutzmassnahmen der Schweiz beibehalten oder neu ergriffen werden, soweit damit keine Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarktes zu erwarten sind (z.B. bei Gewässerschutz, Lärmschutz, Luftreinhaltung).

Die wichtigsten gesetzlichen Aenderungen (Eurolex)

Das gute Funktionieren des EWR-Vertrages bedingt, dass die gesetzlichen Vorschriften aller teilnehmenden Staaten bis zu einem gewissen Grade harmonisiert sind. Für die Schweiz bringt dies nur wenige Probleme, denn unsere Gesetzgebung entspricht weitgehend derjenigen der anderen europäischen Länder, die unsere demokratischen und freiheitlichen Werte mit uns teilen. Dennoch mussten mit der Genehmigung des EWR-Abkommens 61 Gesetze geändert und 9 Erlasse geschaffen werden. Diese vom Parlament beschlossenen rechtlichen Anpassungen, zusammengefasst unter dem Namen "Eurolex", treten gleichzeitig mit dem EWR-Abkommen in Kraft. Gegen die einzelnen Eurolex-Erlasse kann aber nachträglich das Referendum ergriffen werden, so dass die Volksrechte gewahrt bleiben.

In der Folge sind die wesentlichen Neuerungen, die "Eurolex" bringt, aufgeführt:

(Achtung: Stand Ende August. Die parlamentarischen Beratungen werden selbstverständlich berücksichtigt).

1. Soziale Sicherheit und Gleichstellung von Mann und Frau

- Die Unfall- wie auch die Krankenkassenprämien für Mann und Frau sollen gleich sein.
- In der AHV wird für EWR-Angehörige der Anspruch auf ausserordentliche Renten (mit Einkommensgrenzen) und die Hilfslosenentschädigung wegfallen. Für die Auslandschweizer ausserhalb des EWR bleibt die Möglichkeit der freiwilligen AHV/IV bestehen. In der Invalidenversicherung wird die Viertelsrente abgeschafft. Der Wegfall dieser Leistungen wird mit einem Ausbau der Ergänzungsleistungen zur AHV und IV ausgeglichen. Die heute schon bestehenden Ansprüche bleiben jedoch unangetastet.
- Die Vorschriften über die Unfallverhütung werden auf alle Betriebe ausgedehnt.
- Beim Verlassen der Schweiz können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch während fünf Jahren die Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung aus der 2. Säule geltend machen. Nachher wird dies nur noch beim Verlassen des EWR möglich sein.

2. Mitspracherecht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

- Die rechtliche Stellung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird verbessert. So haben sie im Betrieb ein Recht auf Information und Mitsprache sowie den Anspruch auf eine Arbeitnehmervertretung.
- Der Gesundheitsschutz wird auch auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgedehnt, die eine leitende, wissenschaftliche oder selbständige künstlerische Tätigkeit ausüben.

3. Verbesselter Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten

- Eurolex bringt in manchen Bereichen einen besseren rechtlichen Schutz für Konsumentinnen und Konsumenten, insbesondere bei Kleinkrediten, Haustürgeschäften und Pauschalreisen. Alle Textilerzeugnisse werden im EWR obligatorisch gekennzeichnet.
- Für Personen- und Sachschäden, die durch einen Fehler eines Produktes verursacht werden, muss der Hersteller uneingeschränkt und unabhängig von jedem Verschulden haften. Unter bestimmten Voraussetzungen haften neben dem Hersteller auch der Importeur und eventuell sogar der Lieferant.

4. Verbesselter Schutz für Menschen und Tiere

- Die Informationen über die Umwelt werden umfassender und leichter zugänglich.
- Der Umgang mit Krankheitserregern wird strenger geregelt.
- Die Tierseuchen sollen rigoros bekämpft werden.

5. Freier Verkehr von Gütern und Dienstleistungen

- Mit Eurolex wird im Transportwesen, im Energiebereich und im Fernmeldewesen der uneingeschränkte Verkehr von Gütern und Dienstleistungen eingeführt.
- Für die Unternehmen aus allen EWR-Staaten sollen grundsätzlich die gleichen Regeln gelten. Zudem wird der Informationsaustausch zwischen den Staaten verbessert.

6. Verbesserte Aufsicht im Versicherungswesen

- Versicherungsunternehmen aus dem ganzen EWR erhalten freien Marktzutritt. Die Kunden profitieren somit von einem grösseren Angebot.
- Bei einem Einzel-Lebensversicherungsvertrag können sie innert der Frist von 14 Tagen ein Rücktrittsrecht geltend machen.

7. Transparenz im Banken- und Börsenwesen

Die Identität der Aktionäre, die einen massgebenden Einfluss auf die Geschäftsführung einer Bank haben, muss künftig offengelegt werden. Zudem wird der Informationsaustausch zwischen den EWR-Staaten im Börsenbereich sichergestellt.

8. Harmonisierung der technischen Vorschriften

Die Vorschriften für technische Einrichtungen und Geräte werden vereinheitlicht und zum Teil verschärft. Dadurch wird die Sicherheit und Gesundheit der Benutzerinnen und Benutzer verbessert.

9. Freier Personenverkehr

- Die Angehörigen eines EWR-Staates haben das Recht, in einem anderen EWR-Staat unter denselben Bedingungen wie die Angehörigen dieses Staates eine berufliche Tätigkeit auszuüben.
- Die Schweiz hat sich eine fünfjährige Übergangsfrist ausgehandelt, während der die Einschränkungen für erwerbstätige Personen aus dem EWR allmählich abgebaut und die Rechtsstellung der Saisoniers, der Grenzgänger und der Kurzaufenthalter schrittweise dem EWR-Recht angepasst werden können.
- Im Bereich des Grundstückerwerbs werden alle EWR-Angehörigen grundsätzlich die gleichen Rechte haben. Für den gewerbsmässigen Immobilienerwerb sowie für den Kauf von Grundstücken als Kapitalanlage gilt jedoch eine Übergangsfrist von fünf Jahren. Der Erwerb von Ferienwohnungen durch EWR-Angehörige, die nicht in der Schweiz wohnen, bleibt während dieser Zeit ebenfalls eingeschränkt.

10. Besserer Zugang zum EWR-Recht

Das im EWR und damit für die Schweiz geltende Recht wird in einer besonderen Rechtsammlung (EWR-Rechtssammlung) veröffentlicht. Dadurch wird den Bürgerinnen und Bürgern der Zugang zum geltenden Recht erleichtert.

20 - 63

EWR-Abkommen im Wortlaut

Empfehlung an die Stimmberechtigten

Bundesrat und Parlament empfehlen den Stimmberechtigten, am 6. Dezember 1992 aus den dargelegten Gründen JA zum Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu stimmen.

Projet du 14.9.1992

**Für die BR.-Sitzung
vom 16. SEP. 1992**

Votation populaire du 6 décembre 1992

Explications du Conseil fédéral

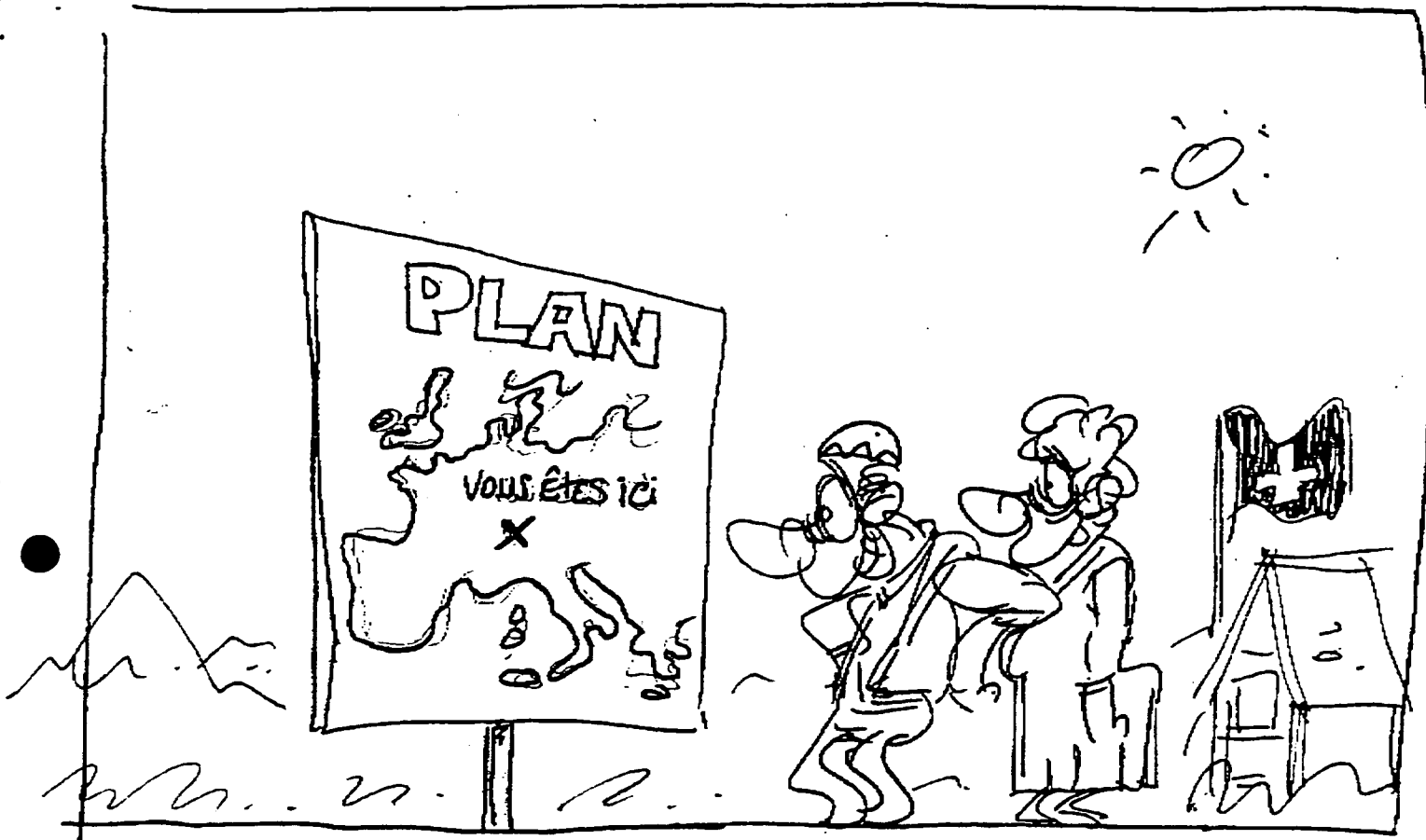
Quel est l'enjeu du scrutin?

L'Espace économique européen (EEE)

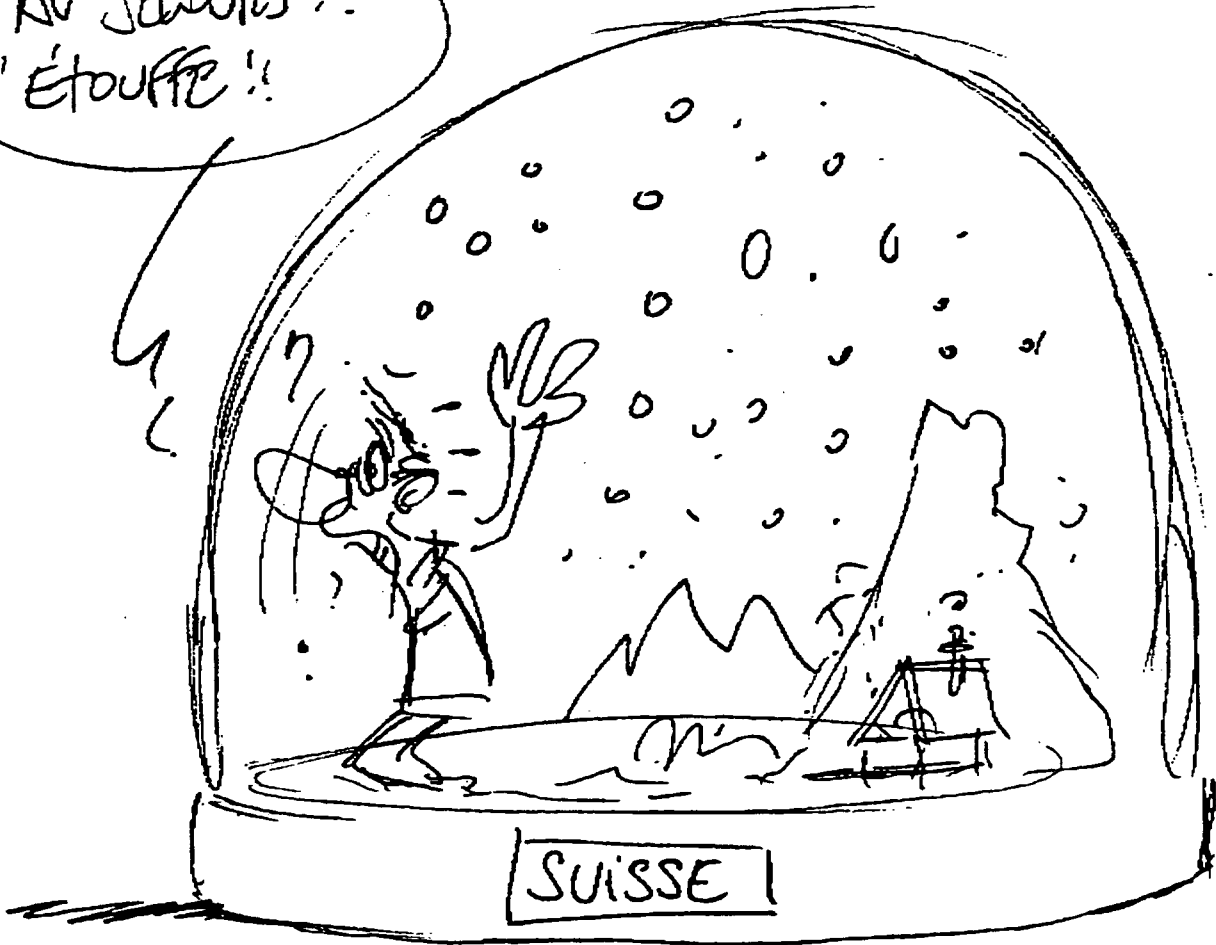
L'Accord sur l'Espace économique européen (Accord EEE) offre à la Suisse la possibilité d'accéder au grand marché européen dès le 1^{er} janvier 1993. La libre circulation des marchandises, des services, des capitaux et des personnes - si importante pour notre pays - sera garantie entre la Suisse et les 18 autres pays membres de l'EEE de la même manière qu'entre les Etats membres de la Communauté européenne. En associant la Suisse à l'EEE, le Conseil fédéral et les Chambres veulent assurer notre avenir économique et notre prospérité tout en évitant l'isolement de notre pays en Europe.

p. 3	L'essentiel en bref
p. 4	Arrêté fédéral sur l'Espace économique européen
p. 5-7	Qu'est-ce que l'EEE?
p. 8-11	Avis du Conseil fédéral
p. 12-15	Arguments pour et contre l'EEE
p. 16-19	Eurolex: principales modifications du droit suisse
p. 20-63	Texte de l'Accord EEE

projet
provisoire



AV SECOURS !!
J'ÉTOUFFE !!



L'essentiel en bref

L'Europe est une réalité

Une nouvelle réalité européenne verra le jour à l'aube de l'année 1993: c'est l'Espace économique européen (EEE) que veulent constituer les sept pays membres de l'Association européenne de libre-échange (AELE) et les douze Etats membres de la Communauté européenne (CE). Les pays de l'AELE pourront ainsi accéder au marché intérieur de la CE.

Nous sommes des Européens

Notre manière de penser et d'agir, notre mentalité et notre système de valeurs sont profondément marqués par les liens historiques et géographiques étroits qui nous unissent à l'Europe. Nous partageons avec elle nos langues, nos cultures et nos valeurs démocratiques. Ces liens mutuels sont depuis toujours le fruit de relations aussi étroites que fructueuses. L'Accord EEE a précisément pour objectif de garantir et de promouvoir les fondements économiques de ces relations.

Un marché commun

Grâce à l'EEE, 380 millions de personnes auront accès à un marché commun. Elles bénéficieront des mêmes conditions pour commercer, fournir des services, investir et s'établir partout dans ce grand espace. La coopération entre les Etats membres de l'EEE sera approfondie dans les domaines de la recherche, du développement, de l'information, de la formation, de la promotion des entreprises et du tourisme. Le consommateur sera mieux protégé, la sécurité sociale accrue, l'égalité entre hommes et femmes encouragée et la protection de l'environnement renforcée par des réalisations communes.

Craintes et objections

Plusieurs groupements issus de divers horizons politiques s'opposent à la participation de la Suisse à l'EEE. La perte d'une partie de la souveraineté de notre pays, les problèmes économiques, les carences institutionnelles de l'Accord EEE, les coûts élevés et l'anticipation de l'adhésion à la CE sont ce qu'ils craignent.

Considérations du Conseil fédéral et des Chambres

La Suisse ne doit pas s'isoler en Europe. Ce n'est pas en restant à l'écart qu'elle pourra protéger efficacement ses intérêts économiques et garantir sa prospérité: c'est en participant de manière active. L'EEE nous le permet. Si nous rejetions cet Accord, il serait beaucoup plus difficile à l'avenir de négocier des traités bilatéraux comme nous l'avons fait jusqu'à présent, car nous nous trouverions seuls face aux 18 pays de l'EEE.

ARRETE FEDERAL SUR L'ESPACE ECONOMIQUE EUROPEEN

du 2 octobre 1992

I

Article premier

L'Accord du 2 mai 1992 sur l'Espace économique européen (Accord EEE), les Accords du 2 mai 1992 entre les Etats de l'AELE relatifs à l'institution d'une Autorité de surveillance et d'une Cour de justice et à un Comité permanent des Etats de l'AELE, et l'Accord du 20 mai 1992 relatif à un Comité de parlementaires des Etats de l'AELE sont approuvés.

Art. 2

Le Conseil fédéral est autorisé à ratifier ces accords.

II

Les dispositions transitoires de la constitution fédérale sont complétées comme il suit:

Art. 20 (nouveau)

1 Les modifications du droit fédéral adoptées par l'Assemblée fédérale et nécessaires pour l'entrée en vigueur de l'Accord EEE entrent en vigueur en même temps que l'Accord.

2 Si le référendum est demandé contre un acte législatif et que celui-ci est rejeté en votation populaire, il cesse immédiatement d'être en vigueur.

3 Pour les modifications ultérieures de la législation fédérale découlant de l'Accord EEE, la procédure législative selon les articles 89ss s'applique.

4 La primauté du droit international public demeure réservée pour tous les organes d'élaboration et d'application du droit.

Art. 21 (nouveau)

La Confédération sauvegarde les intérêts des cantons lors de la mise en oeuvre et du développement de l'Accord EEE, de même que dans les questions relatives à l'Intégration européenne. Elle informe les cantons à temps et de manière complète, les consulte et les associe à la préparation des décisions dans la mesure où ils sont concernés.

III

Le présent arrêté est soumis au vote du peuple et des cantons.

Qu'est-ce que l'EEE?

Un marché européen

Le 2 mai 1992, 19 pays - dont la Suisse - ont décidé de créer un Espace économique européen (EEE). Dès le 1^{er} janvier 1993, l'EEE offrira aux sept pays membres de l'Association européenne de libre-échange (AELE) et aux douze Etats membres de la Communauté européenne (CE) un cadre dans lequel ils évolueront en tant que partenaires économiques égaux. Sont parties à l'Accord:

pour l'AELE: l'Autriche, la Finlande, l'Islande, le Liechtenstein, la Norvège, la Suède et la Suisse;

pour la CE: l'Allemagne, la Belgique, le Danemark, l'Espagne, la France, la Grande-Bretagne, la Grèce, l'Irlande, l'Italie, le Luxembourg, les Pays-Bas, le Portugal et la CE elle-même.

La pierre angulaire de l'Accord

L'interdiction de toute discrimination exercée en raison de la nationalité constitue la pierre angulaire de l'Accord EEE. Les législations pourront continuer de différer d'un pays à l'autre, mais elles devront s'appliquer à tous de la même façon. Le respect du principe de la non-discrimination dépend de la mise en oeuvre des **quatre libertés** suivantes:

1. La libre circulation des marchandises

Déjà en 1972, l'Accord de libre-échange avait permis de faire tomber certaines barrières douanières. Mais d'autres entraves aux échanges subsistaient. L'EEE entend aller plus loin en améliorant l'accès aux marchés publics et en supprimant certaines normes et réglementations techniques. L'harmonisation de ces réglementations permettra de supprimer les doubles contrôles aux frontières et donc de faire baisser les coûts. Les nouvelles règles d'origine et la simplification des formalités aux frontières permettront également d'orienter les coûts à la baisse.

L'agriculture n'est pas concernée par l'Accord EEE. La Suisse pourra continuer à mener une politique agricole qui lui soit propre. Certains produits feront l'objet de simplifications douanières. C'est le cas du fromage, des plantes en pots, des fleurs coupées et de 23 produits provenant des pays du sud de l'Europe (fruits, noix, jus, etc.). En contrepartie, les produits agricoles suisses trouveront de meilleurs débouchés dans l'EEE.

2. La libre circulation des personnes

La libre circulation des personnes permettra aux ressortissants des pays de l'EEE de circuler librement à l'intérieur de l'EEE. Ils auront le droit, partout dans l'EEE, d'habiter, de travailler et de poursuivre leur formation, ce qui est particulièrement important pour les jeunes. Cette liberté de circulation aura une influence déterminante sur la croissance économique que nous escomptons de l'EEE, étant donné qu'elle permettra de recruter la main-d'oeuvre qualifiée qui nous manque. Mais elle aura ses limites: seules les personnes ayant un contrat de travail pourront travailler en Suisse. Il n'y a pas lieu de s'attendre à un afflux de ressortissants des pays de l'EEE: les dispositions sur la libre circulation des personnes n'entreront en vigueur que dans cinq ans, et la Suisse pourra au besoin recourir à une clause de sauvegarde.

3. La libre circulation des services

Cette liberté constitue une nouveauté. Jusqu'à présent, le domaine des services, dont l'importance ne cesse de croître, n'a guère fait guère l'objet d'accords internationaux. Grâce à l'EEE, les sociétés fournissant des services comme les sociétés d'informatique, les banques, les compagnies d'assurances, les compagnies aériennes et les entreprises de transport pourront exercer leurs activités dans les 19 pays de l'EEE. Voilà une perspective particulièrement intéressante pour la Suisse, dont l'économie repose en grande partie sur le secteur des services.

4. La libre circulation des capitaux

La Suisse pratique une politique libérale dans le domaine de la circulation des capitaux. Or, la législation restreignant l'acquisition d'immeubles suisses par des personnes à l'étranger (lex Friedrich) constitue une exception qu'il convient de corriger. Pour ce faire, notre pays a négocié une période transitoire de cinq ans. A l'avenir, les mesures relevant du droit foncier et de l'aménagement du territoire offriront suffisamment de possibilités de réguler le marché immobilier. La Suisse pourra en outre recourir à une clause de sauvegarde.

Politique sociale, protection des consommateurs et protection de l'environnement

Outre les quatre libertés précitées, l'Accord EEE contient des dispositions destinées à régir et à promouvoir la coopération dans les domaines de la recherche et de l'éducation. De nouvelles règles concernant la protection des consommateurs, la protection de l'environnement et la politique sociale doivent permettre à notre pays de se mettre au diapason du reste de l'Europe. La politique sociale connaîtra quelques améliorations. Enfin, la Suisse pourra maintenir son degré élevé de protection de l'environnement et continuer, seule ou avec ses partenaires de l'EEE, à développer ce type d'activités.

Les institutions de l'EEE: le veto et la clause de sauvegarde, deux instruments garants de notre sécurité

Comment fonctionne l'EEE?

Le Conseil de l'EEE est l'organe essentiel traitant des questions relatives à l'Accord EEE. Il se compose d'un membre du gouvernement de chaque partie contractante. Il définit les orientations générales et prend les décisions politiques.

Le Comité mixte de l'EEE, composé de hauts fonctionnaires, est quant à lui responsable de la mise en oeuvre et du bon fonctionnement de l'Accord. C'est l'organe de consultation, d'information et d'administration. Toutes les parties contractantes disposent d'un siège dans chacun de ces deux organes.

L'évolution du droit de l'EEE

L'Accord EEE, qui régleme de nombreux domaines, doit être assez souple pour pouvoir s'adapter à de nouvelles données. Lors de la reprise de nouvelles dispositions du droit de l'EEE, les pays de l'AELE s'expriment d'une même voix. La recherche du consensus constitue un principe essentiel dans l'EEE. En cas de désaccord, tout Etat de l'AELE peut s'opposer à une décision. Le Comité mixte de l'EEE examine alors les conséquences de ce veto.

Au cas où les obligations découlant de l'Accord EEE créeraient des problèmes dans un Etat de l'AELE, l'Accord a prévu un instrument qu'on appelle clause de sauvegarde. En cas de sérieuses difficultés d'ordre économique, social ou écologique, cet instrument permettra au pays en question de déroger aux règles régissant l'EEE, et ce tant que la situation ne se sera pas normalisée. En pareil cas, les autres parties contractantes seront autorisées à prendre des mesures de rééquilibrage proportionnées. La Suisse a clairement précisé qu'elle pourrait avoir recours à cette clause de sauvegarde pour se prémunir contre un afflux soudain de ressortissants des pays de l'EEE ou contre une trop forte demande de biens immobiliers.

Pas de juges étrangers

Il n'y aura pas de juges étrangers dans l'EEE. Les différends entre les parties contractantes seront réglés par voie de négociation ou par un tribunal arbitral. La protection des intérêts privés incombera aux tribunaux nationaux, à une Cour AELE et à la Cour de justice des CE.

L'Accord EEE pourra être dénoncé par toute partie contractante moyennant un préavis d'un an.

Avis du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral est convaincu que l'Espace économique européen (EEE) est d'un intérêt vital pour la Suisse. Participer à l'EEE empêchera l'isolement de notre pays en Europe et ouvrira à notre économie de nouveaux marchés, ce qui assurera notre prospérité. Le Conseil fédéral est favorable à l'EEE, notamment pour les motifs suivants:

Un accord d'une grande portée

En instaurant un espace économique commun à 19 pays, l'Accord EEE apportera une contribution essentielle à la construction de l'Europe de demain. Le verdict populaire déterminera le rôle que jouera la Suisse dans cette future Europe, sur les plans politique, économique, social et intellectuel.

La coexistence au sein de l'EEE rapprochera les citoyens et citoyennes des pays concernés. La diversité des idées, des valeurs et des mentalités favorisera la compréhension mutuelle. L'EEE consolidera donc les bases communes de la paix et de la prospérité.

Avantages pour notre économie

L'économie suisse a toujours été très axée sur l'étranger, et tout particulièrement sur l'Europe. Les deux tiers de nos exportations vont aux pays de l'EEE, d'où proviennent 75 % de nos importations. Si nous disons OUI à l'EEE, l'accès aux marchés européens restera ouvert à notre économie, qui pourra poursuivre son expansion. Selon les experts, si la Suisse participe à l'EEE, elle devrait enregistrer un taux de croissance supplémentaire de 4 à 6 % ces dix prochaines années, ce qui contribuera aussi à assurer la sécurité de l'emploi.

Mais l'EEE entraînera aussi la libéralisation et l'harmonisation des marchés publics. Outre un accroissement de la concurrence, il en résultera des possibilités intéressantes dans toute l'Europe pour les entreprises suisses: en ouvrant un marché d'environ 30 milliards de francs, la Suisse pourra accéder aux marchés publics de l'EEE, dont le volume avoisine 800 milliards de francs.

Participer à l'EEE ne signifie pas adhérer à la CE

Il ne faut pas confondre l'EEE et la CE. Le scrutin du 6 décembre ne porte que sur l'Accord EEE. Un OUI à l'EEE n'entraînera pas automatiquement l'adhésion à la CE. Le Conseil fédéral a certes déposé une demande en vue de l'ouverture de négociations sur l'adhésion de la Suisse à la CE. Mais, il faudra tout d'abord négocier les conditions d'une éventuelle adhésion, ce qui devrait prendre quelques années. Ce n'est que plus tard que le Conseil fédéral, le Parlement et, en fin de compte, le peuple suisse se prononceront sur cette question. L'EEE et la CE sont donc deux sujets à traiter séparément.

Liberté de mouvement dans toute l'Europe

Grâce à l'EEE, les Suisses et les Suissesses auront le droit de travailler, de vivre et de se perfectionner dans les autres pays européens, ce qui est surtout important pour l'avenir de nos jeunes. La Suisse sera en principe, elle aussi, ouverte aux ressortissants des Etats de l'EEE. Mais, seules les personnes qui disposent d'un contrat de travail ou d'un revenu suffisant obtiendront un permis d'établissement. Ces dispositions n'entreront en vigueur qu'après un délai transitoire de cinq ans. En cas de nécessité, la Suisse pourra déroger au droit de l'EEE en invoquant une clause de sauvegarde. Les experts estiment qu'il n'y a pas lieu de craindre un afflux croissant de main-d'oeuvre étrangère en provenance des pays de l'EEE, ce que confirment les expériences réalisées au sein de la CE.

Un accord social, à l'avantage des femmes

L'Accord EEE apportera de nombreuses améliorations sociales, notamment des dispositions sur la sécurité au travail (travail à l'écran) et le droit des travailleurs à être informés en cas de fusions d'entreprises ou de licenciements collectifs. Par ailleurs, l'égalité entre hommes et femmes fera l'objet de nouvelles dispositions légales consacrant notamment l'égalité des sexes pour toutes les questions touchant la vie professionnelle, une protection contre le licenciement pour les femmes exigeant l'égalité de rémunération, et le maintien de la prévoyance vieillesse indépendante pour les femmes mariées. En outre, les primes des caisses-maladie et des assurances-accidents seront à l'avenir identiques pour les hommes et les femmes.

Dans l'intérêt des consommateurs

La libéralisation des marchés en Europe renforcera la concurrence, ce qui devrait faire baisser les prix à la consommation. Autre avantage pour les consommateurs: l'offre de marchandises et de services sera plus riche. Mais l'Accord EEE améliorera aussi la protection des consommateurs: grâce au principe de la responsabilité du fait du produit, le consommateur sera protégé des dommages consécutifs à l'utilisation d'un produit.

Maintien des droits populaires

Nos droits populaires, notamment la démocratie directe, ne seront fondamentalement pas remis en cause par l'EEE. On pourra toujours lancer un référendum contre des lois fédérales et exiger une votation. On pourra aussi toujours lancer une initiative populaire. La Suisse sera toutefois tenue d'appliquer certaines normes légales de l'EEE. Au cas où des décisions du peuple seraient contraires au droit de l'EEE, cela pourrait avoir des conséquences. Dans le pire des cas, la Suisse devrait s'attendre à des mesures de rétorsion économiques si elle refusait d'appliquer le droit de l'EEE.

Toute future modification d'une loi en vertu d'un acte édicté par l'EEE devra être approuvée en Suisse. Nos droits de participation démocratiques et fédéralistes seront donc maintenus. L'Accord EEE n'obligera pas non plus la Suisse à transférer des compétences législatives aux organes de l'EEE; elle pourra opposer son veto à des dispositions de l'EEE qui ne lui conviendraient pas; mais là encore, elle encourra tout au plus des mesures de rétorsion économiques.

Harmonisation et réformes importantes grâce à Eurolex

La plus grande partie de notre législation n'a pas besoin d'être modifiée, ce qui n'a rien d'étonnant puisque, sur les plans politique et social, nous sommes en accord avec nos voisins. 61 lois seront toutefois modifiées, et neuf nouveaux actes verront le jour. Ces dispositions portent le nom d'"Eurolex". Elles consacrent en outre plusieurs réformes souhaitables. Le Parlement les a approuvées, de sorte qu'elles pourront entrer en vigueur le 1er janvier 1993, en même temps que l'Accord EEE. Au cas où l'une de ces lois ferait l'objet d'un référendum, elle devra être par la suite soumise au verdict populaire.

Maintien du fédéralisme

L'Accord EEE ne changera rien à la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, car il concerne essentiellement le droit fédéral. Comme le veut notre conception fédéraliste de la démocratie, cantons et communes seront eux-mêmes responsables de l'adaptation de leurs législations. Les cantons devront notamment modifier les dispositions relatives aux marchés publics et à la reconnaissance des diplômes. Pour toutes les questions touchant l'Europe de demain, ils auront le droit d'être informés et entendus, et ils bénéficieront d'un droit de participation.

Aucun impact sur les sujets délicats

S'il aborde de nombreux sujets économiques, l'Accord EEE ne porte pas sur certains domaines importants pour notre pays, tels que l'agriculture, la fiscalité et la politique monétaire. La Suisse reste donc indépendante dans ces secteurs. Comme il s'agit d'un accord économique, la politique générale, donc aussi notre neutralité, n'est pas concernée.

Avantages financiers à long terme

Les cinq premières années, l'Accord EEE grèvera le budget de la Confédération de quelque 330 à 350 millions de francs par année, autrement dit, de moins d'un pour cent. Ces frais comprennent deux montants principaux: 100 millions de francs pour la participation de la Suisse à des programmes de Recherche et Développement européens, ainsi que 62 millions de francs pour la création d'un fonds de compensation en faveur des Etats de l'EEE les plus pauvres. Ces dépenses devraient être plus que compensées, car

Arguments pour et contre l'Accord EEE

Le Parlement a approuvé l'Accord EEE le 2 octobre 1992 à une nette majorité (Conseil national: ... voix contre ..., Conseil des Etats: ... voix contre ...).

Voici les principaux arguments développés par les partisans et par les adversaires de l'Accord EEE lors des débats au Parlement:

Minorité du Parlement **contre**:

Conseil fédéral et majorité du
Parlement **pour**:

La Suisse sera-t-elle isolée économiquement?

Adversaires de l'EEE:

L'économie suisse est saine et assez forte pour se défendre même en dehors de l'EEE. Nous devons seulement garder confiance en nous-mêmes. Même si nous refusons de participer à l'EEE, nous aurons toujours la possibilité de mener une politique économique saine et indépendante. Si nous le faisons, la situation économique des Suisses et des Suissesses sera meilleure. Il en était d'ailleurs déjà ainsi jusqu'à présent. En revanche, au sein de l'EEE, les conditions générales seront moins favorables à notre économie. De plus, faire cavalier seul ne signifie pas rester à l'écart. Cette voie implique tout à fait une collaboration économique avec d'autres Etats.

Partisans de l'EEE:

Depuis des décennies, l'économie suisse entretient d'étroites relations avec les Etats de la CE. Elle a largement profité du commerce avec ces pays. Dès janvier 1993, le marché européen subira de profonds changements. En créant l'EEE, les pays de la CE et de l'AELE réaliseront le marché intérieur. Si la Suisse n'y participe pas, elle n'aura plus les mêmes chances qu'aujourd'hui sur le marché européen. Rester en dehors du marché intérieur comporte de graves désavantages et entraîne une perte d'emplois pour notre économie qui est dépendante de l'exportation. A titre d'exemple, les produits suisses se vendraient plus difficilement en Europe en raison des différences dans les conditions d'admission.

La Suisse sera-t-elle isolée politiquement?

Adversaires de l'EEE:

L'EEE n'est qu'un accord transitoire. C'est un premier pas vers l'adhésion à la CE. Même si les décisions de participer à l'EEE et d'adhérer à la CE sont soumises à deux scrutins distincts, les deux objets sont étroitement liés, ainsi que l'a déjà relevé le Conseil fédéral. La Suisse perdra son indépendance, non pas tant dans l'EEE que plus tard au sein de la CE. En adhérant à la CE, elle abdiquera une partie de ses libertés actuelles. Le déficit démocratique au sein de la CE est important. Et il ne sera pas moindre même si nous y adhérons. La Suisse ne restera forte que si elle demeure autonome et indépendante.

Partisans de l'EEE:

L'Europe de 1993 n'est pas l'Europe d'autrefois. Les relations réciproques entre les Etats européens vont continuer à se développer. Bien des problèmes ne peuvent plus être résolus au seul niveau suisse. La Suisse ne peut pas se permettre de s'exclure elle-même de l'Europe alors que tous les autres pays d'Europe occidentale participent à l'EEE.

Un oui à l'EEE est loin d'être un oui à la CE. Le 6 décembre, le scrutin ne porte que sur la participation à l'EEE. Ce n'est que dans quelques années - lorsque les négociations auront abouti - qu'un scrutin sera organisé sur une éventuelle adhésion à la CE.

on s'attend à des économies dans le domaine des marchés publics et à des recettes supplémentaires provenant de l'impôt sur le chiffre d'affaires et de l'impôt fédéral direct par suite de l'augmentation de la croissance. Dès 1998, les coûts baisseront. Plus tard, les effets bénéfiques de l'EEE permettront non seulement de compenser les frais de participation mais encore d'enregistrer des recettes supplémentaires.

L'EEE est la seule option réaliste

Il n'y a pas d'autre option réaliste. En faisant cavalier seul, la Suisse s'engagerait sur la voie de l'isolement, avec tous les inconvénients que cela comporterait. Si, jusqu'à présent, une coopération ponctuelle et des accords bilatéraux avec la CE étaient possibles, il n'en ira plus de même dès la création de l'EEE, car nous aurons moins d'atouts en cas de négociations bilatérales. Mais la voie solitaire entraînerait aussi des conséquences politiques: on reprocherait à la Suisse son manque de solidarité, elle aurait de moins en moins d'influence sur l'évolution économique et politique en Europe et elle devrait se contenter d'un rôle passif.

Pour tous ces motifs, le Conseil fédéral et la grande majorité des parlementaires recommandent de dire OUI à l'EEE.

Démocratie directe, fédéralisme

Adversaires de l'EEE

L'Accord EEE restreindra fortement nos droits populaires. Le droit de l'EEE l'emportera sur le droit suisse et ne pourra être modifié unilatéralement par la Suisse. Cela entravera considérablement l'exercice du droit de référendum et d'initiative. Les initiatives fédérales qui seront contraires au droit de l'EEE devront être déclarées non valables. Les cantons devront adapter leur droit lorsqu'il n'est pas compatible avec le droit européen.

Partisans de l'EEE

L'Accord EEE ne remet pas en question notre régime constitutionnel et démocratique. L'EEE n'aura pratiquement aucun effet sur notre démocratie directe, car seule une petite partie des initiatives et référendums déposés jusqu'à présent auraient posé des problèmes de compatibilité avec des dispositions de l'EEE. Et il s'agit d'ailleurs d'objets qui ont toujours été rejetés par le passé. Les droits de la démocratie directe ne seront pas non plus touchés au niveau des communes et des cantons.

Institutions de l'EEE

Adversaires de l'EEE

Le développement de la Confédération depuis 1291 est étroitement lié avec le rejet de l'intervention de juges étrangers sur le territoire suisse. L'Accord EEE n'en tient pas suffisamment compte. Si nous participons à l'EEE, toutes les décisions du Tribunal fédéral suisse touchant les quatre libertés de l'EEE pourront être déférées aux instances de l'EEE. Ainsi ce ne seront plus des juges suisses mais des juges étrangers qui auront le dernier mot. En ce qui concerne les institutions surtout, l'Accord EEE n'est pas digne d'un pays libre.

Partisans de l'EEE

Dans l'EEE, il n'y a pas de juges étrangers, ni pour la Suisse en tant qu'Etat, ni pour les Suisses et les Suissesses. Il n'y a pas non plus de jurisprudence de l'EEE; ce sont la CE et les tribunaux des Etats de l'AELE concernés qui rendent des jugements. Ce sont donc en premier lieu les tribunaux suisses qui se prononcent sur le droit de l'EEE. Si la Suisse en tant que pays viole un engagement qu'elle a pris au sein de l'EEE, le cas est examiné par le tribunal de l'AELE au sein duquel siège un juge suisse. Ce n'est que dans les cas relevant du droit de la concurrence, que les entreprises suisses peuvent être traduites devant le tribunal de l'AELE, mais aussi devant la Cour européenne de justice, ce qui est d'ailleurs déjà le cas aujourd'hui (Perrier - Nestlé)

Libre circulation des personnes

Adversaires de l'EEE

La libre circulation des personnes donne le droit à tout ressortissant et à toute ressortissante de l'EEE de s'établir et de travailler dans n'importe quel Etat de l'EEE. La Suisse, pays d'immigration, attirera encore plus d'étrangers. Leur nombre augmentera fortement. Les libertés de l'EEE facilitent en outre l'acquisition par des étrangers de logements, de biens immobiliers et d'entreprises. Les étrangers souhaitent beaucoup investir en Suisse en biens immobiliers et en terrains. Si l'on supprime les barrières légales actuelles, cela entraînera le bradage du sol national.

Partisans de l'EEE

Il ne faut pas craindre que l'EEE provoque une forte immigration. La libre circulation des personnes ne s'applique pas aux chômeurs. Elle n'est valable que pour les ressortissants de l'EEE qui ont un contrat de travail. Dans la CE, cette libre circulation existe depuis longtemps déjà et aucune immigration massive, par exemple des pays du Sud de la CE, ne s'est produite nulle part. En outre, les contrôles à la frontière seront maintenus. Et la Suisse pourra en tout temps faire usage de la clause de sauvegarde de l'EEE.

La libre circulation des personnes est une chance pour les Suisses et les Suissesses d'aller s'établir à l'étranger. Les apprentis et les étudiants pourront aller acquérir une formation à l'étranger.

Salaires, chômage

Adversaires de l'EEE

Une adhésion à l'EEE entraînera une baisse des salaires et une aggravation du chômage. Pratiquement tous les pays de la CE ont des millions de chômeurs. Si les frontières disparaissent, une partie de ces chômeurs risque de venir chercher du travail en Suisse et de concurrencer les travailleurs suisses. Il en résultera une augmentation du chômage chez nous aussi. De plus les salaires diminueront, car s'il y a en Suisse davantage de travailleurs touchant des bas salaires, cela entraînera une baisse générale du niveau des salaires des travailleurs et des travailleuses suisses.

Partisans de l'EEE

Ainsi qu'il a été dit plus haut, notre pays ne doit pas craindre de fortes immigrations de travailleurs étrangers. Nous avons depuis longtemps des travailleurs venus de pays où les salaires sont bas et cela n'a pas influencé le niveau des salaires qui est élevé en Suisse. Au sein de la CE, il existe d'ailleurs de fortes disparités salariales malgré la libre circulation. L'adhésion à l'EEE accroîtra les chances de nos entreprises de profiter du marché européen, ce qui se répercutera favorablement à long terme sur le niveau des salaires et la sécurité de l'emploi en Suisse.

Loyers, taux hypothécaires

Adversaires de l'EEE

Plus la Suisse se rapprochera de la CE, plus le niveau des taux d'intérêt en Suisse se rapprochera du niveau européen qui est élevé. Or, lorsque les taux des intérêts hypothécaires sont élevés, les loyers sont chers. A cela s'ajoutera l'afflux de travailleurs étrangers. Si un plus grand nombre de travailleurs vient chercher du travail en Suisse, il faudra plus de logements. Cela conduira à une pénurie de logements et à un renchérissement des loyers.

Partisans de l'EEE

L'Accord EEE ne touche pas au domaine des taux d'intérêt. La Banque nationale conservera son autonomie en matière de politique monétaire. Un certain rapprochement des taux hypothécaires se fait déjà sentir aujourd'hui au niveau international, mais l'EEE n'en est pas la cause, ainsi qu'on l'a vu ces dernières années.

Un afflux d'étrangers n'est pas à craindre, nous l'avons déjà dit. Au contraire, le coût élevé du logement dans notre pays exercera sur eux un effet dissuasif.

Consommateurs

Adversaires de l'EEE

La forte concurrence internationale exerce une pression sur les prix. Il en résulte inévitablement un accroissement de la production de grande série. La Suisse ne peut arrêter une telle évolution, même avec des prescriptions plus sévères concernant la qualité et la protection de l'environnement, car des prescriptions sévères telles que notre pays en connaît aujourd'hui s'agissant par exemple des déchets, de l'utilisation des PVC ou de la limitation des additifs dans les denrées alimentaires, ne peuvent plus, dans l'EEE, être fixées pour un pays seul.

Partisans de l'EEE

Les droits des consommateurs sont mieux garantis dans la CE qu'en Suisse. La position des consommateurs sera renforcée dans l'EEE, par exemple grâce à une meilleure définition de la responsabilité du fait des produits. En outre les facilités touchant les importations pourraient entraîner une baisse des prix pour certains produits comme les automobiles, les meubles ou les appareils électroniques. En revanche, les prix des denrées alimentaires ne baisseront pas puisque l'agriculture n'est pas touchée par l'EEE.

Agriculture

Adversaires de l'EEE

L'Accord EEE exclut certes dans un premier temps le secteur agricole, mais il facilite l'accès au marché des produits provenant d'Europe du Sud. Il prévoit en outre un développement de l'importation de produits agricoles, ce qui nuit aux paysans suisses. Dans la CE, les petites exploitations agricoles ont déjà disparu ou sont en voie de disparition. En se rapprochant de l'Europe, on prépare donc la mort des petites exploitations agricoles en Suisse.

Partisans de l'EEE

Seule une économie prospère peut garantir l'avenir de notre agriculture. L'EEE nous ouvre la porte à cette prospérité. L'Accord EEE ne concerne pas l'agriculture, sauf pour quelques produits en provenance des pays du Sud de la CE, tels que les olives, les oranges, etc. En revanche, les paysans suisses pourront tirer profit des possibilités accrues d'exportation et de la baisse des prix à l'importation, par exemple sur les machines agricoles.

Protection de l'environnement

Adversaires de l'EEE

La croissance économique visée par l'EEE aggravera les atteintes portées à l'environnement: la pollution due aux transports de marchandises par la route ainsi que les polluants atmosphériques augmenteront massivement, le tourisme de masse se développera encore plus et le problème des déchets empirera. Pays de transit et de tourisme, la Suisse fait partie des zones de concentration où ces problèmes auront les plus graves répercussions en cas d'acceptation de l'Accord EEE.

De plus, comme l'unanimité est requise au Conseil des Ministres, la CE doit toujours s'adapter au niveau du pays le moins avancé, ce qui s'applique notamment à la protection de l'environnement. Tout cela ralentit les efforts de certains pays comme la Suisse, qui veulent continuer à progresser dans leur rôle de pionnier en matière de protection de l'environnement.

Partisans de l'EEE

Comme la protection de l'environnement est une tâche globale qui concerne l'ensemble de l'Europe, il faut s'y attaquer tous ensemble; il ne sert pas à grand chose dans ce domaine de vouloir faire cavalier seul. Les autorités de la CE ont l'intention d'attacher plus d'importance à l'avenir à la politique écologique. Cette position se reflète d'ailleurs très clairement dans l'Accord EEE. Dans l'ensemble, la Suisse servira mieux la cause de l'environnement si elle défend, au sein de l'EEE, l'adoption de normes plus sévères que si elle choisit d'agir seule.

Même si la Suisse participe à l'EEE, elle pourra conserver des mesures de protection de l'environnement plus sévères ou en prendre de nouvelles dans la mesure où cela ne produira pas d'effets sur le fonctionnement du marché intérieur (par ex. protection de l'air ou des eaux, protection contre le bruit).

EUROLEX : les principales modifications du droit suisse

La mise en application de l'Accord sur l'Espace économique européen nécessite un certain degré d'harmonisation des dispositions légales de tous les Etats contractants. Pour la Suisse, cette adaptation soulève peu de difficultés, car notre législation est largement en accord avec celle des autres pays européens qui partagent nos valeurs démocratiques et libérales.

Il a cependant fallu modifier 61 lois et arrêtés fédéraux et rédiger 9 actes législatifs nouveaux. Ces adaptations juridiques, décidées par le Parlement, forment ensemble ce qu'on appelle "Eurolex". Elles entreront en vigueur en même temps que l'Accord EEE. Le référendum pourra cependant être demandé contre chacun des actes législatifs après son entrée en vigueur, de sorte que les droits populaires sont sauvegardés.

Les principales innovations apportées par Eurolex sont les suivantes :

1 Sécurité sociale et égalité entre hommes et femmes

- Les cotisations des assurances maladie et accident seront identiques pour l'homme et la femme.
- S'agissant de l'AVS, le droit à la rente extraordinaire (sujet à une limite de revenu) et celui à l'allocation pour impotent seront supprimés pour les ressortissant des pays membres de l'EEE. Les Suisses de l'étranger vivant dans un pays situé en dehors de l'Espace économique européen garderont la possibilité de s'affilier volontairement à l'AVS / AI. Dans le domaine de l'assurance invalidité, le quart de rente sera supprimé. Ces mesures seront compensées par un renforcement des prestations complémentaires. Les bénéficiaires actuels conserveront toutefois les droits qu'ils ont acquis.
- Le champ d'application des prescriptions sur la prévention des accidents professionnels sera étendu à toutes les entreprises.
- Les travailleurs qui quittent la Suisse pourront encore pendant cinq ans obtenir le paiement en espèces de la prestation de libre passage sur leur avoir de prévoyance professionnelle (deuxième pilier). Passés ces cinq ans, cette possibilité sera réservée à ceux qui quittent l'Espace économique européen.

2 Information et consultation des travailleurs

- Les travailleurs et les travailleuses bénéficieront d'un statut amélioré. Ils auront le droit d'être informés et consultés sur les questions qui concernent l'exploitation de l'entreprise, ainsi que d'élire des représentants.
- La protection de la santé sera étendue aux travailleurs exerçant une fonction dirigeante, une activité scientifique ou une activité artistique indépendante.

3 Meilleure protection des consommateurs

- Eurolex accorde dans maints domaines une meilleure protection juridique aux consommateurs et aux consommatrices, notamment en ce qui concerne le crédit à la consommation, les contrats conclus à domicile, et les voyages à forfait. Par ailleurs, l'EEE prescrit l'étiquetage obligatoire des textiles.
- Le producteur répondra des dommages aux gens et aux choses causés par un article défectueux, même lorsqu'il n'y a pas faute de sa part. Dans des conditions déterminées, l'importateur et le fournisseur seront aussi tenus pour responsables.

4 La santé humaine et animale mieux protégée

- L'information relative à l'environnement sera plus complète et plus facilement accessible.
- L'utilisation d'agents pathogènes sera réglementée plus sévèrement.
- La lutte contre les épizooties sera poursuivie de manière plus rigoureuse.

5 Libre circulation des biens et des services

- Eurolex institue la libre circulation des marchandises et des services, notamment dans les domaines des transports, de l'énergie et des télécommunications.
- Des règles uniformes s'appliqueront aux entreprises de tous les pays de l'EEE. De plus, les échanges d'informations entre Etats seront facilités.

6 Libéralisation du secteur des assurances

- Les compagnies d'assurances auront toute liberté d'accès au marché dans l'ensemble de l'Espace économique européen. En conséquence, les assurés bénéficieront d'une offre plus large.
- Une police d'assurance vie pourra être résiliée dans un délai de 14 jours après la conclusion du contrat.

7 Transparence accrue sur les marchés bancaires et financiers

L'identité des actionnaires, dont l'influence sur l'administration d'une banque est déterminante, devra être rendue publique. Dans le secteur boursier, l'échange d'informations entre Etats de l'EEE sera institutionnalisé.

8 Harmonisation des normes techniques

Les normes techniques applicables aux installations et aux appareils seront uniformisées, et parfois rendues plus sévères, de manière à renforcer la sécurité et à mieux protéger la santé des utilisateurs et des utilisatrices.

9 Libre circulation des personnes

- Tout ressortissant d'un Etat de l'EEE aura le droit d'exercer une activité professionnelle dans un autre pays membre, aux mêmes conditions que les citoyens de ce dernier.
- La Suisse dispose d'un délai transitoire de cinq ans, pendant lequel elle devra lever progressivement les restrictions actuelles à la libre circulation des travailleurs et adapter graduellement le statut des saisonniers, des frontaliers et des titulaires d'un permis de séjour de courte durée doit être adapté au droit de l'EEE.
- Tous les ressortissants de l'EEE auront les mêmes droit en matière d'acquisition de biens immobiliers. Toutefois, une période transitoire de cinq ans est prévu en ce qui concerne l'achat de bien-fonds dans le but de réaliser des affaires ou des placements. S'agissant de l'acquisition d'un logement de vacances, les ressortissants de l'EEE qui ne sont pas domiciliés en Suisse demeureront assujettis à une autorisation pendant cette période.

10 Publication du droit EEE

Le droit applicable aux Etats de l'EEE et donc à la Suisse sera publié dans un recueil spécifique (recueil EEE), de manière à ce que les citoyens et les citoyennes puissent en prendre connaissance.

20 - 63

Texte de l'Accord EE

Recommandation aux électeurs et aux électrices

Pour les motifs évoqués dans la présente brochure, le Conseil fédéral et les Chambres recommandent aux électeurs et aux électrices de voter OUI à l'arrêté fédéral sur l'Espace économique européen (EEE) le 6 décembre 1992.



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

Bern, 16. September 1992

An den Bundesrat

Abstimmungserläuterungen über den EWR

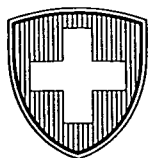
Mitbericht

zum Aussprachepapier der BK vom 14. September 1992

Wir möchten keine spezifischen Gegenvorschlägen zum Entwurf der Abstimmungserläuterungen machen. Wir möchten aber bestätigen, dass wir es für die ganze EWR-Kampagne als nötig betrachten, den EWR in aller Objektivität, mit seinen grossen Vorteilen, aber auch mit seinen Nachteilen darzustellen. Wenn sich der Bundesrat dafür ausgesprochen hat, so in der Überzeugung, dass die Vorteile die Nachteile eindeutig übertreffen. Eine einseitige, nur Lob spendende Kampagne wäre nach unserer Meinung letztlich kontroproduktiv. Wir haben nicht den Eindruck, dass die erwähnte Ausgewogenheit besonders auf den Seiten 7 und 8 genügend zur Geltung kommt.

Eidg. Departement des Innern

Flavio Cotti



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

Bern, 17. September 1992

An den Bundesrat

Abstimmungserläuterungen EWR

Mitbericht

zum Aussprachepapier der Bundeskanzlei vom 14.9.1992

Im Nachgang zur gestrigen Aussprache im Bundesrat unterbreiten wir Ihnen folgende Aenderungsvorschläge:

1. Zu Seite 7 (1. Absatz), (Weiterentwicklung des EWR-Rechts)

Von "Sollte es einmal Differenzen geben " bis Ende Absatz streichen. Neu einfügen:

Jede Weiterentwicklung des EWR-Rechts setzt die Zustimmung aller EFTA-Staaten voraus. Somit sind wir nicht verpflichtet, neues EG-Recht automatisch zu übernehmen. Lehnt die Schweiz eine neue Regelung ab, ist im EWR-Ausschuss eine Verhandlungslösung zu suchen.

Begründung:

Es scheint uns angesichts der Argumentation der EWR-Gegner sehr wichtig hervorzuheben, dass keine automatische Übernahme von neuem Recht erfolgt.

2. Zu Seite 7 (Keine fremden Richter)

Im 3. Satz (1. Absatz) sollte "das Gericht der EG" gestrichen werden:

Begründung:

Die Zuständigkeit des EuGH ist auf Wettbewerbsfälle beschränkt. Der EWR-V schreibt in diesem Bereich eine bereits heute bestehende Praxis fest. Der EuGH sollte deshalb nicht auf dieselbe Stufe wie die nationalen Gerichte oder das EFTA-Gericht gestellt werden. Andernfalls verliert der Satz, dass

es keine fremden Richter gebe, an Gehalt. Die Erwähnung gibt Anlass für Fehlverständnisse.

3. Zu Seite 9 (Bewegungsfreiheit in ganz Europa)

Den Satz "Aufgrund der Schutzklausel ..." streichen. Neu einfügen am Ende des Absatzes:

"Sollte diese Entwicklung wider Erwarten anders verlaufen, kann die Schweiz notfalls aufgrund einer Schutzklausel vom EWR-Recht abweichen und Abwehrmassnahmen ergreifen".

Begründung:

Wechsel des Satzes aus systematischen Gründen und präzisere Formulierung.

4. Zu Seite 9 (Volksrechte bleiben erhalten)

Basierend auf der Formulierung im Mitbericht des EMD schlagen wir folgende Aenderungen vor:

"Unsere Volksrechte.....verlangt werden. Auch das Initiativrecht wird nicht eingeschränkt. Allerdings verpflichten wir uns, die unmittelbar anwendbaren Normen des EWR-Rechts zu beachten und das nicht unmittelbar anwendbar Recht umzusetzen. Das EWR-Recht Vorrang hat grundsätzlich Vorrang vor dem nationalen Recht. Kommt es zu einem Konflikt zwischen EWR-Recht und Landesrecht, muss mit den EWR-Partnern eine Verhandlungslösung gesucht werden. Wird sie nicht gefunden, müssen wir gegebenenfalls mit wirtschaftlichen Gegenmassnahmen rechnen.

Mit dem EWR-Abkommen tritt die Schweiz keine Rechtssetzungszuständigkeiten an die EWR-Instanzen ab. Aenderungen des Abkommens müssen von der Schweiz genehmigt werden. Wichtige Neuerungen bedürfen der Zustimmung der Bundesversammlung und allenfalls des Volkes. Soweit sich künftig Anpassungen unserer nationalen Gesetze an das neue EWR-Recht aufdrängen, geschieht dies im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren. Unsere demokratischen und föderalistischen Mitwirkungsrechte bleiben also wirksam".
Rest streichen.

Begründung.

Präzisierung und Ergänzung des vorgelegten Textes (Version EMD).

5. Seite 10 (Heikle Bereiche)

Neuer Titel: "Wichtige politische Bereiche ausgeklammert".

Begründung:

Das Wort "heikel" könnte zu Missverständnissen Anlass geben.

6. Zu Seite 13 (Direktdemokratie, Föderalismus)

Titel: Direkte Demokratie, Föderalismus.

"...Der EWR hat praktisch keine Auswirkungen auf unsere direkte Demokratie. Nur ein kleiner Teil.. (bis) stets abgelehnt wurden." Ergänzen:

"Wie schon heute kann die Bundesversammlung auch künftig in sehr krassen Fällen eine Volksinitiative für ungültig erklären".

Begründung.

Der Ausdruck "Direktdemokratie" ist nicht gebräuchlich. Die Zweiteilung des Satzes drängt sich auf, da der aufgezeigte Kausalzusammenhang nicht stimmt. Zur aufgeführten gegnerischen Aussage, dass EWR-widrige Volksinitiativen ungültig erklärt werden müssten, gehört eine Antwort.

7. Zu Seite 13 (Freizügigkeit im Personenverkehr)

1. Absatz, letzter Satz ändern: "Zudem kann die Schweiz notfalls die Schutzklausel des EWR-Vertrages anrufen".

Begründung:

Die Schutzklausel kann nicht "jederzeit" angerufen werden, sondern nur bei Vorliegen strenger Voraussetzungen. Keine falschen Versprechungen.

8. Zu Seite 16 (Die wichtigsten gesetzlichen Änderungen)

Den 1. Absatz (Fettdruck) ergänzen:

"Allerdings hat das Referendum dort keine praktischen Auswirkungen, wo unmittelbar anwendbares EWR-Recht gilt, über dessen Annahme oder Verwerfung in der Volksabstimmung über den EWR-Vertrag entschieden wird"..

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement

A. Koll



EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
 DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE
 DEPARTAMENT FEDERAL MILITAR

CH-3003 Bern , 15. September 1992

Ø 031 / 67

Unser Zeichen
 Notre référence
 Nostro segno

182.239-002

An den Bundesrat

Ihre Nachricht vom
 Votre communication du
 Vostra comunicazione del

Ihr Zeichen
 Votre référence
 Vostro segno

Abstimmungserläuterungen
 über den EWR

M i t b e r i c h t

zum Aussprachepapier der Bundeskanzlei
 vom 14.9.92

Wir halten den Entwurf für die Abstimmungserläuterungen für eine gute Diskussionsgrundlage, beantragen indessen an zwei Stellen eine Aenderung:

1. Zu Seite 9, Abschnitt "Volksrechte bleiben erhalten":

Wir sind der Auffassung, dass dieser politisch zentrale Abschnitt etwas präziser formuliert werden sollte, um jeden Eindruck zu vermeiden, der Bundesrat bagatellisiere den Einfluss des EWR auf die konkrete Ausübung der Volksrechte. Auch wenn es zutrifft, dass die Volksrechte formell nicht eingeschränkt werden, sind doch, wie bereits in der EWR-Botschaft ausgeführt, gewisse faktische Einschränkungen zu erwarten, jedenfalls dann, wenn man den EWR-Rechtsrahmen einhalten will. Wir schlagen folgende Formulierung vor:

"Unsere Volksrechte, insbesondere die direkte Demokratie, werden durch den EWR nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Weiterhin kann gegen Bundesgesetze

-2-

das Referendum ergriffen und eine Abstimmung verlangt werden. Auch Volksinitiativen bleiben möglich. Allerdings verpflichten wir uns, gewisse gesetzliche Normen des EWR anzuwenden. Sollten künftige Volksentscheide den EWR-Bestimmungen widersprechen, hätte dies Konsequenzen: Falls mit den EWR-Partnern keine Verhandlungslösung gefunden werden kann, hätten wir im Falle einer Nichtanwendung von geltendem EWR-Recht wirtschaftliche Gegenmassnahmen oder die teilweise Suspendierung des Vertrags zu gewärtigen. Ausserdem wären die Gerichte in gewissen Fällen gehalten, das EWR-Recht so oder so anzuwenden."

Begründung: Die Formulierung "grundsätzlich nicht in Frage gestellt" ist unseres Erachtens unzutreffend. Sie suggeriert, die direkte Demokratie werde durch den EWR überhaupt nicht tangiert. Ferner ist klar, dass im Falle eines Widerspruchs zwischen Volksentscheiden und EWR-Bestimmungen Konsequenzen unausweichlich sind: Die Schweiz würde völkerrechtlich verantwortlich. Uns scheint es deshalb richtig, diese Konsequenzen kurz aufzuzählen.

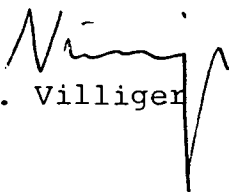
2. Zu Seite 13, Abschnitt "Direktdemokratie, Föderalismus : EWR-Befürworter"

Auch hier sollte unseres Erachtens eine Bagatellisierung der Auswirkungen des EWR auf die direkte Demokratie vermieden werden. Wir beantragen folgende Aenderung:

"Der EWR wird in der Praxis kaum grössere Auswirkungen auf unsere Direktdemokratie haben. Wie die Erfahrung zeigt, hätten nur ein kleiner Teil der bisherigen Initiativen und Referenden zu Problemen geführt, weil sie mit den EWR-Bestimmungen nicht zu vereinbaren gewesen wären".

Begründung: Der EWR hat durchaus Auswirkungen auf unsere direkte Demokratie, und sei es nur, indem er uns eine gewisse Selbstzensur auferlegt bei der Ergreifung von Initiativen und Referenden. Ausserdem scheint uns der im ursprünglichen Entwurfstext gewählte Kausalzusammenhang zwischen Ereignissen der Vergangenheit und der Zukunft im EWR logisch falsch.

EIDGENOESSISCHES MILITAERDEPARTEMENT


K. Villiger



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
 DEPARTEMENT FEDERAL DES FINANCES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

Berne, le 16 septembre 1992

Au Conseil fédéral

Abstimmungserläuterungen über den EWR

C o - r a p p o r t

au papier de discussion du 14 septembre 1992

Page 1, dernière phrase: supprimer "sowie eine Isolation der Schweiz in Europa verhindern".

Page 5: supprimer la dernière phrase (il est peut crédible de prétendre que l'agriculture trouvera un plus grand marché en Europe, compte tenu des prix de nos produits agricoles).

Page 6, 5ème ligne: supprimer "weil fehlende Fahrkräfte rekrutiert werden können" (compte tenu du chômage actuel, cette phrase est trop provocante).

Pages 10 et 11: supprimer la phrase " Diese Kosten dürften mehr als kompensiert ..." (les hypothèses des croissances économiques sont trop aléatoires pour en déduire des revenus fiscaux supplémentaires).

Pages 12 et suivantes: remplacer, dans chaque paragraphe, "EWR-Befürworter" par "der Bundesrat".

Page 18, point 7: nous vous proposons le texte suivant:

Banken- und Börsenwesen

Jede Bank, die in einem EWR-Staat zugelassen ist, darf in allen übrigen EWR-Staaten tätig sein und Niederlassungen eröffnen.

Die Identität der Aktionäre, die einen massgebenden Einfluss auf die Geschäftsführung einer Bank haben, muss künftig offengelegt werden. Zudem wird der Informationsaustausch zwischen den EWR-Staaten im Börsenbereich sichergestellt.

DEPARTEMENT FEDERAL DES FINANCES

Stich



EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
DEPARTEMENT FEDERAL DES TRANSPORTS, DES COMMUNICATIONS ET DE L'ENERGIE
DIPARTIMENTO FEDERALE DEI TRASPORTI, DELLE COMUNICAZIONI E DELLE ENERGIE
DEPARTAMENT FEDERAL DA TRAFFIC ED ENERGIA

3003 Bern, 15.9.1992

An den Bundesrat

Abstimmungserläuterungen über den EWR

Mitbericht

zum Aussprachepapier der Schweizerischen Bundeskanzlei vom 14.9.1992

Wir sind mit den Abstimmungserläuterungen grundsätzlich einverstanden, beantragen jedoch folgende Aenderungen:

1. Auf die Karikatur sei zu verzichten.
2. S. 10, Abschnitt "Harmonisierung und wichtige Neuerungen": Der Satz "Sie bringen auch mehrere wünschbare Reformen." ist zu streichen.
3. S. 17, Ziffer 5: der erste Absatz ist zu streichen.

Begründung

1. Ad Ziffer 1:

Die Karikatur gefällt uns zwar an sich gut. Der Bundesrat dürfte sich aber damit dem Vorwurf aussetzen, er informiere nicht sachlich und mache sich über die Gegner lustig. Deshalb ist darauf zu verzichten.

- 2 -

2. Ad Ziffer 2:

Dieser Satz ist missverständlich. Wahrscheinlich sollte damit gesagt werden, dass die Uebernahme dieser Bestimmungen für die Schweiz durchaus erstrebenswert ist. Es besteht aber auch die Gefahr, dass der Satz so ausgelegt wird, dass im Rahmen von Eurolex auch bloss wünschbare Aenderungen - und nicht nur absolut zwingende - vorgenommen wurden. Da dies ein oft gehörter Vorwurf der Gegner ist, ist auf den zweideutigen Satz zu verzichten.

3. Ad Ziffer 3:

Dieser Abschnitt stimmt in dieser knappen Formulierung nicht. Im Transportwesen wird der Verkehr von Gütern und Dienstleistungen keineswegs uneingeschränkt eingeführt. Primär zur Anwendung kommt der Transitvertrag mit seinen sehr beträchtlichen Einschränkungen. Die Aenderungen im Transitbereich im Rahmen von Eurolex sind gesamthaft betrachtet als marginal zu bezeichnen. Im Fernmeldewesen sind im Rahmen von Eurolex überhaupt keine Aenderungen vorgenommen worden, und auch im Energiebereich geht diese Formulierung viel zu weit. Aus diesem Grund kann auf diesen Absatz ohne Not verzichtet werden.

EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND
ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Adolf Ogi



SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
 CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
 CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

Bern, den 18. September 1992

**Für die BR.-Sitzung
 vom 21. SEP. 1992**

An den Bundesrat

Abstimmungserläuterungen über den EWR

Stellungnahme
 zum Mitbericht des EJPD vom 17. September 1992

● Mit den Punkten 1 - 3 sowie 5 und 7 sind wir einverstanden, weshalb wir sie im neuen Antrag vom 17. September berücksichtigt haben.

Punkt 2. Zu Seite 7 (Keine fremden Richter):

Wir sind mit der Streichung an der ursprünglichen Stelle einverstanden, möchten aber auf die Erwähnung des Europäischen Gerichtshofes nicht völlig verzichten und schlagen am Schluss des Absatzes folgende Ergänzung vor:

"Wie bisher entscheidet der europäische Gerichtshof über bestimmte Wettbewerbsfälle."

● Punkt 4. Zu Seite 9 (Volksrechte bleiben erhalten):

Wir sind mit dem Vorschlag des EJPD nicht einverstanden, da er in einer zu komplizierten juristischen Sprache abgefasst ist. Stattdessen enthält der neue Antrag vom 17.9. im Einvernehmen mit dem Integrationsbüro und dem EMD (das auch einen Mitbericht verfasst hat) den folgenden kurzen Text:

"Auch Volksinitiativen bleiben möglich. Allerdings verpflichten wir uns, gewisse gesetzliche Normen des EWR anzuwenden. Sollten künftige Volksentscheide den EWR-Bestimmungen widersprechen, hätte dies Konsequenzen: Falls mit den EWR-Partnern keine Verhandlungslösung gefunden werden könnte, hätten wir im schlimmsten Fall wirtschaftliche Gegenmassnahmen zu gewärtigen."

- 2 -

Punkt 6. Zu Seite 13 (Direktdemokratie):

Wir sind bereit, auf den Begriff "Direktdemokratie" zu verzichten. Im übrigen lehnen wir den Vorschlag des EJPD ab. Die Meinungen in der Bundesverwaltung darüber, ob das Parlament eine nicht EWR-konforme Initiative ungültig erklären kann, gehen auseinander. Diese äusserst wichtige Frage müsste zunächst geklärt werden, wenn man den Text des EJPD berücksichtigen möchte. Der Bundesrat müsste also zunächst über die Interpretation der rechtlichen Bestimmungen entscheiden. Dies ist zeitlich kaum mehr zu bewältigen. Wir ziehen es deshalb vor, in den Erläuterungen des Bundesrates eine eher unverbindlichere Formulierung zu bringen, die alle Möglichkeiten offen lässt.

Punkt 8. Zu Seite 16 (Wichtigste gesetzliche Aenderungen):

Wir sind mit dem vom EJPD vorgeschlagenen Satz nicht einverstanden, denn er ist für viele zu schwer verständlich. Das Anliegen des EJPD kommt u.a. auf S. 9 zum Ausdruck ("Sollten künftige Volksentscheide den EWR-Bestimmungen widersprechen, hätte dies Konsequenzen..."). Wir kommen dem EJPD ausserdem entgegen, indem wir auf S. 16 den Nebensatz am Schluss des Fettdruckes ("so dass die Volksrechte gewahrt bleiben") streichen.

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
Der Bundeskanzler



François Couchepin



SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
 CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
 CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

Bern, den 15. September 1992

An den Bundesrat

Abstimmungserläuterungen über den EWR

Stellungnahme

zu den Mitberichten des EMD und des EVED vom 15. September 1992

Mitbericht EMD, Ziff. 1 zu S. 9, Abschnitt "Volksrechte bleiben erhalten":

Wir sind teilweise einverstanden. Im Interesse einer besseren Verständlichkeit schlagen wir folgende Formulierung vor:

"... hätte dies Konsequenzen: Falls mit den EWR-Partnern keine Verhandlungslösung gefunden werden könnte, hätten wir im schlimmsten Fall wirtschaftliche Gegenmassnahmen zu gewärtigen." (Der nachfolgende Satz wäre zu streichen.)

Mitbericht EMD, Ziff. 2 zu S. 13, Abschnitt "Direktdemokratie/Föderalismus: EWR-Befürworter":

Wir sind mit dem Zusatz einverstanden, schlagen aber vor, den Begriff "Erfahrung" durch "Untersuchungen" zu ersetzen, da wir bisher keine Erfahrungen mit dem EWR haben.

Mitbericht EVED, Ziff. 1 zur Karikatur:

Wir sind zwar mit dem Verzicht nicht einverstanden. Der Bundesrat möge aber entscheiden, ob die Karikatur von Barrigue durch eine neutralere Zeichnung ersetzt werden soll. Es ginge darum, ohne jeglichen Kommentar eine Karte von Europa mit der Schweiz in der Mitte zu zeigen.

Mitbericht EVED, Ziff. 2 zu S. 10, Abschnitt "Harmonisierung und wichtige Neuerungen":

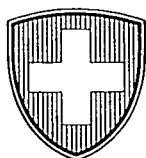
Wir sind mit der Streichung einverstanden.

Mitbericht EVED, Ziff. 3, S. 17 zu Ziff. 5 (Eurolex):

Wir sind mit der Streichung einverstanden.

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
 Der Bundeskanzler


 François Couchepin



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

Bern, 20. 9. 1992

An den Bundesrat

Abstimmungserläuterungen EWR

Vernehmlassung
 zur Stellungnahme der BK vom 18. September 1992 zum Mitbericht
 des EJPD vom 17. September 1992

Wir danken Ihnen, dass sie wichtige Anregungen unseres Mitberichtes vom 17. September übernommen haben. Nachfolgende Änderungen erscheinen jedoch aus Gründen der Transparenz unbedingt nötig.

1. Zu Seite 9/10 (Volksrechte bleiben erhalten)

Wir schlagen im 1. Abschnitt folgende Ergänzung vor:
 Anstellen von "Allerdings verpflichten wir uns..."
"EWR-Recht hat jedoch grundsätzlich Vorrang vor dem nationalen Recht."

Der 2. Absatz soll neu lauten:

"Mit dem EWR-Abkommen tritt die Schweiz keine Rechtssetzungskompetenzen an die EWR-Instanzen ab. Sie kann gegen unliebsame EWR-Erlasse ein Veto einlegen, wobei auch hier wirtschaftliche Gegenmassnahmen möglich werden. Künftiges EWR-Recht bedarf der Genehmigung durch die zuständigen schweizerischen Instanzen. Die Volksrechte bleiben also gewahrt".

Begründung:

Auch der neue Vorschlag der BK enthält unklare Formulierungen, die so nicht haltbar sind, auch wenn die Erläuterungen möglichst einfach und unjuristisch gehalten werden sollen. So gibt es im EWR-Recht keine "gewisse gesetzlichen Normen". Zudem werden keine "künftigen Gesetzesänderungen ...in der Schweiz genehmigt". Nur Vertragsrecht wird genehmigt. Im übrigen halten wir die Klarstellung, dass neues EWR-Recht der Genehmigung der schweizerischen Instanzen unterliegt, von grosser abstimmungspolitischer Bedeutung, die sich lohnt, wiederholt zu werden.

2. Zu S.13 (Direkte Demokratie, Föderalismus)

Nach "abgelehnt wurden" ergänzen:

"Wie schon heute kann die Bundesversammlung auch künftig in sehr krassen Fällen eine Volksinitiative für ungültig erklären".

Begründung:

Es ist möglich, dass "die Meinungen in der Bundesverwaltung darüber, ob das Parlament eine nicht EWR-konforme Initiative ungültig erklären kann", auseinandergehen. Entscheidend scheint uns in diesem Zusammenhang jedoch die Aussage der EWR-Botschaft (S.92): "Die Bundesversammlung hat bereits aufgrund des bestehenden Verfassungsrechts die Möglichkeit, Volksinitiativen für ungültig zu erklären, die ihrem wesentlichen Gehalt dem Völkerrecht widersprechen". Es gibt keinen Grund, von dieser Aussage abzuweichen. Entsprechende Erklärungen sind durch den Departementsvorsteher EJPD auch in den zuständigen Kommissionen, im Ratsplenum und in öffentlichen Äusserungen abgegeben worden".

3. Zu Seite 13 (Souveränität)

Der 2. Satz soll wie folgt ergänzt werden:

"ausgehandelt, und Volk und Stände entschieden, dass es unser Landesrecht wird".

Begründung:

Wichtige Klarstellung.

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement

A. Koll